

3. Das Regieren der Favela im 21. Jahrhundert: soziale Kämpfe gegen alte Herrschaftstechniken im neuen Gewand

Wie schon im 20. Jahrhundert wachsen die Favelas nach Anzahl und Bewohnerschaft auch seit der Jahrtausendwende schneller als Rio de Janeiro im Gesamten. Lebten offiziellen Zahlen zufolge 1950 erst 7,2 Prozent der damals 2,3 Millionen *cariocas* – wie die in Rio lebenden Menschen genannt werden – in Favelas, waren es im Jahr 2000 bereits 18,7 Prozent. Innerhalb Rios Stadtgrenzen lebten damals 5,9, in der Metropolregion elf Millionen Menschen. Im Verlauf der 1990er Jahre wuchs die Bevölkerung in der Gesamtstadt um sieben, in den Favelas hingegen um 24 Prozent (vgl. Perlman 2004). Im Jahr 2010, als die mit Stand 2020 immer noch aktuellsten Zensus-Daten erhoben wurden, lebten bereits 23 Prozent, also 1,44 der nun 6,32 Millionen *cariocas* in Favelas (IPP 2012). War Rios sozialer Raum historisch betrachtet in einen ›reichen‹ Süden und einen ›armen‹ Norden gespalten, konzentrierte sich das jüngste Wachstum der Favelas auf die wenig urbanisierte, bis zu 60 Kilometer vom Zentrum entfernte Westzone. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich das ebenfalls zu dieser *Zona Oeste* gehörende Strandareal Barra da Tijuca zu einem aus wohlhabenden *gated communities* bestehenden Wohnraum der urbanen Bourgeoisie.

In den letzten Dekaden überstieg das durchschnittliche Haushaltseinkommen der wohlhabendsten Bezirke der Südzone (Lagoa, Leblon, Ipanema u.a.) und der Westzone (Barra da Tijuca u.a.) jenes der ärmsten Favelas im Norden (Jacarezinho, Mangueiras, Complexo do Alemão, Maré u.a.) und im Westen der Stadt (Cidade de Deus u.a.) um das Zehn- bis Zwölfwache. Der Einkommensunterschied zwischen Joá und Acará, dem reichsten und dem ärmsten Stadtbezirk, betrug 2010 das 15,4-fache. Da die Favelas historisch an den vermeintlich unbebaubaren Abhängen entstanden sind, die auch die noble Südzone durchziehen, ist Rios sozialer Raum (anders als etwa in São Paulo) auch kleinräumig stark polarisiert. So differierte das mittlere Haushaltseinkommen zwischen den benachbarten Bezirken Lagoa und Rocinha in den Zensus-Daten von 2000 und 2010 nahezu unverändert um circa das Elffache. Mussten die Haushalte der Rocinha, in der als einer der größten Favelas

fast 70.000 Menschen leben, im Jahr 2010 mit durchschnittlich 1291 Real (damals ca. 500 Euro) im Monat auskommen, hatten sie direkt nebenan in Lagoa 14.707 Real zur Verfügung (vgl. IPP 2012, IBGE 2012).

Janice Perlman (2010) bewertete die Entwicklungsprozesse der Favelas, die sie zwischen den 1970er und den 2000er Jahre ethnografisch untersucht hat, überwiegend pessimistisch. Ihre erste Studie (1977) hatte die im öffentlichen Diskurs behauptete Marginalität der »*favelados*« als widerlegbaren Mythos entlarvt, der die Funktion besessen habe, die Stigmatisierung der Zugewanderten aus ländlichen Armutsgebieten zu legitimieren. Denn diese seien in Rio zwar extrem ausgebeutet, dadurch aber in die urbane Ökonomie und Gesellschaft integriert worden. Im beginnenden 21. Jahrhundert habe sich hingegen der »Mythos der Marginalität« zur »Realität der Marginalität« gewandelt. Perlman (2010: 161f.) argumentierte, dass

»erstens dieser marginale Status ein Produkt der Gesellschaft und nicht die Schuld der Armen ist; zweitens, dass die Armen gefangen sind zwischen dem Handel mit Drogen (die ihre Gemeinschaft und sich selbst zerstören) und dem Versuch, eine Arbeit zu bekommen – einem demütigenden und vergeblichen Unterfangen; drittens, dass selbst die wenigen Glücklichen, die einen Job für einen Mindestlohn und mit Überstunden ergattern, immer noch nicht genug verdienen, um ihre Familien zu ernähren; viertens, dass Verantwortliche aus Polizei und Politik, die die Armen schützen sollen, selbst Verbrechen und Gewalttaten begehen.«

Obwohl im Verlauf der über 30 Jahre, die zwischen ihren beiden Studien lagen, das Bildungsniveau in den Favelas deutlich gestiegen ist, verdoppelte sich dort die Arbeitslosigkeit, weiteten sich informelle und kriminelle Ökonomien stark aus und vertiefte sich die Kluft zwischen den innerhalb und den außerhalb der Favela erzielten Einkommen. Ursachen dafür finden sich primär in ökonomischen Prozessen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen: Die Weltmarktöffnung der brasilianischen Wirtschaft setzte ab den 1980er Jahren einen Ausschluss einfacher Arbeiter:innen aus formellen Arbeitsmärkten in Gang, der primär in der Favela lebende Menschen traf. Obwohl die Produktivität der nationalen Industrie im Verlauf der 1990er Jahre deutlich zunahm, sank ihre Beschäftigungsquote um ein Viertel. Im gleichen Zeitraum stiegen in den sechs brasilianischen Metropolregionen die Quoten derer, die auf meist informelle Weise mikrounternehmerisch tätig sind, von 17,7 auf 23,4 und der von Arbeitenden ohne offizielle Arbeitserlaubnis von 18,4 auf 26,9 Prozent (Souza 2005).

Diese Prozesse schlugen sich in der Metropolregion Rio de Janeiro, deren Schlüsselsektoren Stahl und Schiffsbau ab den 1980er Jahren drastisch schrumpften, besonders heftig nieder und sie konnten im Gegensatz zu São Paulo nicht durch eine wachsende Konsumgüterindustrie aufgefangen werden. Auch die monetäre Strukturanpassungspolitik, die nach Maßgabe des Internationalen Währungsfonds damals einsetzte, traf Rio übermäßig, da sie mit einem massiven

Beschäftigungsverlust im öffentlichen Dienst einherging, der in der ehemaligen Hauptstadt besonders groß war (Ribeiro/Telles 2000: 80). Zudem schrumpften die Einkommensoptionen der in Privathaushalten beschäftigten Bewohnerinnen der Favela, da die urbanen Mittelschichten an Kaufkraft verloren und ihre Haushalte technisch besser ausstatteten (vgl. Perlman 2010).

Diese Prozesse führten zu einer »dramatischen sozio-politischen Fragmentierung« (Souza 2005: 16) des städtischen Sozialraums (vgl. Kap. 2.6). Dabei breiteten sich durch Gewaltakteure kontrollierte territoriale Enklaven ebenso aus wie die *gated communities* der Mittel- und Oberklassen. Grassierende öffentliche Sicherheits- und Angstdiskurse kreierten eine »fobópole«, so formulierte es Marcelo Lopes de Souza (2008), eine Stadt der Angst. Ihre Bevölkerung schottete sich in kleinräumigen Enklaven voneinander ab, die sich in quasifeudale »Machtbereiche der Regulation oder in Zonen der Gesetzlosigkeit« (AlSayyad/Roy 2006: 1) verwandelten. Selbst in der Kernstadt wurden vereinzelt öffentliche Straßen illegaler Weise privatisiert und mit Schranken versperrt.

Überstieg das durchschnittliche Einkommen des wohlhabendsten Zehntels der Stadtbevölkerung im Jahr 1980 jenes der unteren 40 Prozent um das 19-Fache, war es um die Jahrtausendwende schon 21-mal so hoch. Offiziell lebte ein Achtel der Stadtbevölkerung unterhalb der absoluten Armutsgrenze, konnte also die »grundlegendsten Bedürfnisse nicht befriedigen« (Prefeitura 2001: 6). Diese existenzielle Armut entspannte sich erst, als die im Januar 2003 angetretene sozialdemokratische Regierung von Präsident Lula da Silva das *Conditional-Cash-Transfer*-Programm *Bolsa Familia* einführte, das unterhalb der Armutsgrenze lebende Familien unter bestimmten Bedingungen mit einer monatlichen Sozialhilfe unterstützte. Das bis heute existierende »Programm dient dem doppelten Zweck, Familien mit niedrigem Einkommen bei der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zu helfen und sie gleichzeitig zu ermutigen, in die Gesundheit und Bildung der nächsten Generation zu investieren« (Perlman 2010: 285). Die Zahlungen »laufen über die weiblichen Haushaltsvorstände, von denen angenommen wird, dass sie die Gelder am ehesten für die Grundbedürfnisse ihrer Familien verwenden. Geld wird für jedes Kind, das in der Schule bleibt, bereitgestellt.« (Ebd.) 2007 förderte *Bolsa Familia* etwa 139.000 und damit ein Zehntel der in Rio registrierten Familien, deren monatliches Einkommen dafür nicht höher als ca. 50 Euro pro Kopf sein durfte. Aufgrund der fortschreitenden sozialen Polarisierung musste die Stadt damit im Jahr 2017 bereits 233.000 Familien unterstützen. Im Durchschnitt erhielten sie monatlich jeweils 50 Euro (Lavra Pinto 2018: 134).

Das Verhältnis zwischen Favela und Armut ist allerdings auch im 21. Jahrhundert keineswegs eindeutig. Michele de Lavra Pinto (2018: 141) betont in ihrer ethnografischen Studie über Armut in Pavão-Pavãozinho, dass innerhalb dieser *Zona-Sul*-Favela erhebliche Unterschiede nach Einkommen und Bildungsniveau, das heute bis hin zum Hochschulabschluss reicht, existieren. Bezogen auf Zugänge zu ökonomischen

mischen und politischen Ressourcen gebe es eine regelrechte »Favela-Bourgeoisie«: »Es ist wichtig, diese Dimensionen der Favela-Realität hervorzuheben, um die verdinglichende und vereinfachende Wahrnehmung der Favela als einen homogenen Raum mit einheitlich (armen) materiellen und humanitären Bedingungen zu konterkarieren.« Armut wird innerhalb der Favela primär am Fehlen einer formellen Einkommensquelle, an Schwierigkeiten, genug Essen kaufen zu können, und an prekären Wohnverhältnissen festgemacht. So gelten Ortsansässige, die in den schwer erreichbaren obersten Lagen der *morros* (dt. Hügel) leben und über Häuser aus anderen Materialien als Stein und Beton oder ohne ausgestattete Badezimmer verfügen, innerhalb der *comunidade* als arm.

Am anderen Ende der sozialen Skala, so beobachtete Lavra Pinto (ebd.), kreisten etwa lokale Versammlungen der Urbanisierungsprogramme um private Stellplätze für die Autos der Wohlhabenden. Konflikte, in denen die »Favela-Bourgeoisie« entlang von postmateriellen Werten Umweltfragen problematisierte oder die Ärmsten einer irregulären Ablagerung von Müll beschuldigte, seien nicht ungewöhnlich. Zudem hätten solche Milieus, obwohl sie selbst in der Favela lebten, nicht selten jenes bei Mittel- und Oberschichten im postkolonialen Brasilien vorherrschende Stigma verinnerlicht, wonach die Armen »faul, gerissen und vom Staat ernährt sind« (ebd.: 142). Als dafür charakteristisch zitiert Lavra Pinto (ebd.) die Aussage einer interviewten Bewohnerin: »Diese Mädchen wollen nicht studieren und arbeiten, die Regierung zahlt das Stipendium [gemeint ist *Bolsa Família*, SL]. Sie werden also schwanger, um mehr Geld zu erhalten. Das ist das Verhalten armer Leute; sie sind es gewohnt, alles umsonst zu bekommen.«

Der öffentliche Diskurs markierte die Favelas in den 2000er Jahren wieder verstärkt als Horte der Marginalität. Allerdings bezeichnete der Begriff des Marginalen nun weniger die Bewohnerschaft im Generellen als die Drogenkriminellen im Besonderen (Birman 2012). Bezeichnenderweise standen im Fokus der Kriminalitätsdebatten genau jene Favelas, die über die schlechtesten Sozialdaten verfügten. Das Stigma, das auf der Tatsache beruhte, in der Favela zu leben, überwog aus Sicht ihrer Bewohnerschaft die Diskriminierung aufgrund von *race*, Klasse oder Geschlecht bei weitem (Perlman 2010). Im Klima der Angst, das den Alltag angesichts der bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen zwischen Drogenkommandos und Polizei dominierte, und angesichts der Verbitterung darüber, dass Demokratie und Rechtsstaat seit dem Ende der Militärdiktatur nicht in der Lage waren, Armut und Gewalt zumindest zu verringern, zersplitterte die innere Einheit der *comunidades*. Janice Perlman zeigt, dass mit Ausnahme der sich rapide vermehrenden pfingstkirchlichen Gemeinden (vgl. Kap. 7) soziale Zusammenschlüsse aller Art an Engagierten verloren haben und dass sich immer weniger der in der Favela lebenden Menschen als Mitglieder von solidarischen lokalen Gemeinschaften fühlen (ebd.).

Auf der Kehrseite dieser Negativentwicklungen hat sich während der letzten Dekaden der materielle Lebens- und Wohnstandard in den Favelas ständig verbes-

sert, soweit dies anhand von verfügbaren Infrastrukturen und Konsumgütern oder der Qualität der Wohngebäude messbar ist. Zudem unterscheiden sie sich in einem wichtigen Punkt von den Formen urbaner Verbannung, die Loïc Wacquant für US-amerikanische Ghettos beschreibt: Aufgrund der »starren, dichotome[n] Rassengrenze, die die Weißen den Schwarzen in der gesamten Gesellschaft aufgezungen haben und die in der anhaltenden räumlichen Trennung zwischen den *races* [...] am deutlichsten sichtbar wird«, so Wacquant (2004: 188), existierten in US-Städten für Schwarze Menschen »kaum Chancen [...], das Ghetto zu verlassen« (ebd.: 164). Dieses stelle daher ein »rassistisches Reservat« dar (ebd.). Die Favela in Rio formte sich hingegen historisch zu einem *multiracial space*. Dort lebende Menschen, die über das erforderliche Kapital im Sinne von Pierre Bourdieu verfügen, können sie trotz aller Barrieren zugunsten des *asfalto*, der formellen Stadt verlassen (vgl. Perlman 2010). Gleichwohl ist das Stigma, mit dem das weitgehend »weiße« Bürgertum die Favela belegt, von rassistischen Mustern geprägt. Diese haben sich in den 2000er Jahren wieder verstärkt, insoweit die Assoziationskette »Favela – schwarz – männlich – drogenkriminell« nunmehr den öffentlichen Diskurs dominierte.

3.1 Klotzen statt kleckern: Urbanisierung durch spektakuläre Projekte

Kurz vor Ende von *Favela-Bairro* (vgl. Kap. 2.5) begann Brasiliens Regierung ab 2007 in die Urbanisierung einiger Favelas in Rio zu investieren. Ihr Programm zur Wachstumsbeschleunigung (i.O. *Programa de Aceleração do Crescimento*, kurz PAC) verfolgte zwar das wirtschaftspolitische Ziel, durch primär im Energie- und Verkehrssektor angesiedelte Infrastrukturprojekte die brasilianische Ökonomie anzukurbeln. Darüber hinaus investierte es aber auch mit einem massiven Kapitaleinsatz in urbane Infrastrukturen ausgewählter Armutsviertel, um deren eklatanteste Mängel zu beheben. Insgesamt standen dafür im Bundesland Rio de Janeiro 3,6 Milliarden Real (damals etwa 1,5 Mrd. Euro) zur Verfügung (Ministerio de Cidades 2010: 25).

In Rio fokussierte PAC drei große Siedlungskomplexe: die Rocinha in der wohlhabenden *Zona Sul* sowie, in der industriell geprägten Nordzone, den Complexo do Alemão, in dessen zwölf *comunidades* knapp 70.000 Menschen lebten, und den Complexo de Manguinhos, der 14 Gemeinschaften mit insgesamt knapp 32.000 Bewohner:innen zählte. Alle drei Territorien waren wegen ihrer mächtigen Drogengangs berüchtigt, die beiden *complexos* der *Zona Norte* wiesen zudem drastische Armutsquoten auf. Zusätzlich zu ihnen begünstigte das Programm die kleineren Favelas Cantagalo und Pavão-Pavãozinho in der *Zona Sul*. Insgesamt floss in diese fünf Orte die Summe von 860 Millionen Real (damals etwa 350 Mill. Euro) (vgl. Trindade 2012). Allein im Complexo de Alemão wurden unter anderem 2000 Wohnungen und ein Seilbahnsystem mit sieben Stationen errichtet.

Das zuständige Ministerium der Städte charakterisierte die Zielorte von PAC angemessen kritisch als »Ensembles von Mängeln, die sich zu Ensembles von sozialen Fragen addieren, welche vielfach und in zunehmendem Maße einer Gewalt-herrschaft unterliegen und Situationen extremer Vulnerabilität ausbilden« (Ministerio de Cidades 2010: 10). Die Intervention reagiere auf irregulären Städtebau und mangelhafte Infrastrukturen, auf Gefährdungen durch Überschwemmungen oder Erdbeben, auf die extreme Dichte und Prekarität der Wohnbauten, auf die unzureichende Qualität der öffentlichen Dienste und auf enorme Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeit, »verbunden mit unzureichenden, teuren und mit einem hohen Grad an Unbehagen und Unsicherheit verbundenen Transportsystemen« (ebd.). All dies trifft in hohem Maße auf den Complexo de Mangueiras und den Complexo do Alemão zu, nur einiges davon auf die privilegiert gelegene und fortgeschritten urbanisierte Rocinha und noch weniger auf die über den Stränden von Copacabana und Ipanema attraktiv situierten *comunidades* Cantagalo und Pavão-Pavãozinho. Ihre Auswahl folgte wohl anderen als den verkündeten Motiven.

Das erstgenannte Interventionsziel von PAC, die Favelas durch die Errichtung aller urbanen Infrastrukturen in das Stadtgefüge zu integrieren, glich jenem von *Favela-Bairro*. Vorgeblich um ein »würdiges Wohnen« zu ermöglichen, griff das Programm allerdings massiv in sozialräumliche Strukturen ein. Zu urbanisieren-de Areale sollten von prekären Bauten »bereinigt« und als modernistische Siedlungen »wiederaufgebaut«, Ortsansässige bei Bedarf umgesiedelt werden (ebd.). Bereits die Bebilderung der Ministeriumsbroschüre demonstrierte den ästhetisch und funktional homogenen, zur Raumstruktur der Favela und den Prämissen von *Favela-Bairro* konträren Charakter der PAC-Interventionen.

Wie *Favela-Bairro* sollte auch PAC die Eigentumsverhältnisse von Grund und Boden offiziell regulieren. So erhielten Besitzer:innen von Häusern, die der Urbanisierung zum Opfer fielen, kostenfrei auch dann eine offiziell registrierte Neubauwohnung, wenn sie nicht über einen Eigentumstitel verfügten. Eine programmbe-gleitende Sozialarbeit sollte sich um die »soziale Inklusion« der zur Umsiedlung gezwungenen Menschen kümmern. Ihre Aufgaben lagen darin, »die Autonomie, den sozialen Protagonismus und die Entwicklung der begünstigten Bevölkerung durch Maßnahmen der Partizipation, Mobilisierung und Gemeinschaftsorganisation sowie der Gesundheits- und Umwelterziehung und durch Aktivitäten zur Schaffung von Arbeit und Einkommen zu fördern« (ebd.: 19). Schließlich sollte PAC die Umweltsituation der häufig von giftigen Müllabladungen belasteten Favelas verbessern.

Neu an PAC war nicht das Ziel, die Favelas vollständig zu urbanisieren, sondern der Versuch, sie durch weithin sichtbare Wohn- und Infrastrukturkomplexe in die urbane Landschaft der offiziellen Stadt einzubetten. Modernistische *signature buildings* wie beleuchtete Seilbahnstationen, hochgelegte S-Bahntrassen oder in Bibliotheken konvertierte Kasernen sollten die urbanistische Dualität zwischen me-

metropolitanen Großstrukturen und den kleinteiligen Favelas verwischen. Die PAC-Bauwerke »haben ein ausgeprägtes Regime der (Un-)Sichtbarkeit dieser Gemeinschaften in der Stadtlandschaft eingeläutet, [...] indem sie das Spektakel ihrer Eingliederung durch grandiose Werke der Infrastruktur und ›Befriedung‹ hervorheben« (Cavalcanti 2013: 203). Gerade der im Verhältnis zu seinen immensen Kosten dysfunktionale Seilbahnbau im Complexo do Alemão, so die Urbanisten Patricio und Cardoso (2016: 30), folgte einer »Logik der Spektakularisierung«, die auf Kosten der wirklich notwendigen Infrastrukturen ging. Zudem schwächte die metropolitane Logik der spektakulären Projekte die Partizipation der Betroffenen. Diese existierte lediglich in vorgeschriebenen Formaten wie den sogenannten Integrationstreffen (siehe Kap. 3.5) oder den oft erpresserischen Verhandlungen über die von Behörden systematisch zu niedrig veranschlagten Kompensationszahlungen für den Abriss von Häusern.

Im Gegensatz zu *Favela-Bairro*, dessen kleinteilige Baumaßnahmen die äußerliche Erscheinung der Favelas unberührt ließ, enthielt PAC einen autoritären Interventionsgestus, der das Raumbild der *morros* durch modernistische Großstrukturen an den *asfalto* zu assimilieren suchte. Er kann als Akt gelesen werden, die sozialräumlichen Peripherien mit städtebaulichen Mitteln zu erobern, zu kolonisieren und zu metropolitisieren. Da ich die PAC-Intervention im Complexo de Mangueiras selbst empirisch untersucht habe, vertiefte ich diese Fragen in Kapitel 6.

3.2 Ein neuer Gewaltakteur: die Milizen

Ab Mitte der 2000er Jahre begann sich mit rasanter Geschwindigkeit ein neuer Gewaltakteur in Rios Favelas breitzumachen: die sogenannten *milicias* (dt. Milizen). Zum medialen Phänomen gerieten diese Ende 2006, als die Tageszeitung *O Globo* zwei geheime staatliche Berichte zitierte, die zwar in ihren Zahlenangaben divergierten, aber übereinstimmend ein schnelles Wachstum solcher parapolizeilichen Trupps beschrieben. Schon zu diesem Zeitpunkt kontrollierten Milizen demnach zwischen 52 und 92 Favelas (vgl. Cano 2008). Selbstjustiz ausübende parapolizeiliche Gruppen waren in der Favela kein gänzlich neues Phänomen. Schon als sich in den 1960er Jahren die Militärdiktatur etablierte, formierten (damals noch ausschließlich männliche) Polizisten und andere Uniformträger sogenannte *esquadrões da morte* (dt. Todesschwadronen), die Regelabweichungen in Favelas mit mörderischer Selbstjustiz vergalteten, ohne allerdings eine territoriale Herrschaft über sie anzustreben. Auch sogenannte *policias mineiras* kontrollierten als Vorläufer der Milizen in einigen Favelas der Westzone (bspw. in Rio das Pedras) die Bewohnerschaftsvereinigungen, verhinderten den Eintritt der Drogenökonomie und

etablierten etwa im Bausektor erpresserische Geschäfte sowie Verhaltensregeln, die sie mit Gewalt durchsetzten (Zaluar/Siqueira Conceição 2007; vgl. Kap. 5.4).

Erst im Jahr 2006 etablierte der mediale und politische Diskurs aber für ein ähnlich gelagertes Phänomen den bis dato nicht negativ konnotierten Begriff der Milizen. Der bürgerliche Mainstream bis hin zur Stadtregierung übernahm kritiklos deren propagandistische Selbstlegitimation als zivilgesellschaftliche Notwehr gegen die Herrschaft der Drogengangs. So sprach Bürgermeister Cesar Maia von »kommunitärer Selbstverteidigung« (zit. in Vianna 2019: o.S.), sein Nachfolger Eduardo Paes gratulierte in einem Interview Polizei- und Feuerwehrkräften für die Gründung von Milizen im Kampf gegen die Drogenbanden (Brancoli/Vasques 2016).

Der renommierte Gewaltsoziologe Ignacio Cano (2008, Cano/Duarte 2013) definiert das schillernde Phänomen wie folgt: Milizen kontrollieren als irreguläre bewaffnete Truppen staatlich unzureichend regulierte Territorien wie Favelas und andere urbane Peripherien und deren Bevölkerung mit erpresserischen Mitteln. Sie treiben Schutzgelder ein, erpressen Monopole auf existenzielle Güter wie Gas oder Strom und erzwingen Verhaltensmuster, die konservativen Moralvorstellungen folgen. Ihre gewaltsame Selbstjustiz reicht bis hin zu Folter und Mord. Zentrales Motiv ist ein individuelles Gewinnstreben, das ihrer offiziellen Legitimation widerspricht, die Bevölkerung zu schützen und die von bewaffneten Drogenbanden zerstörte Ordnung wiederherzustellen. Durchgängig charakterisiert eine führende Beteiligung von uniformierten und bewaffneten Staatsbediensteten aus Polizeieinheiten, Justizvollzugsanstalten oder Feuerwehren die Milizen (Cano 2008: 29ff.).

Während der öffentliche Diskurs die Milizen zunächst als zivile Selbstverteidigungsinitiativen gegen die Territorialherrschaft der Drogenbanden stilisierte, teilen sie mit den Gangs zentrale Merkmale. Als profitorientierte Gewaltökonomien etablieren beide eine autoritäre soziale Ordnung, deren Verletzung sie basierend auf einem System der Selbstjustiz mit Strafen ahnden, die vom Hausarrest über eine erzwungene Gemeinschaftsarbeit bis hin zur Folter und Exekution reichen. Mit »erschütternder Regelmäßigkeit«, so Cano und Duarte (2013: 22), ermordeten Milizen bereits Kleinkriminelle aufgrund von Bagatelldelikten. Mehrheitlich etablieren sie – und dies unterscheidet sie von Drogenbanden – eine »spezifische Moralordnung« (Arias/Barnes 2017: 458), die reaktionären Ideologien folgt und Geschlechter- und Sexualordnungen umfasst. Oft gilt ein umfangreicher Katalog von Verhaltensvorschriften, der vor allem für Frauen etwa das Verbot der ehelichen Untreue enthält.

»Die Rolle der Miliz als Regulator des Soziallebens im Viertel ähnelt der des Drogenhändlers, der ebenfalls bei einem Teil der Bewohner/innen [sic!] Rückhalt genießt.« (Cano/Duarte 2013: 19) Dezentral organisiert, weisen beide eine große Bandbreite lokaler Herrschaftsformen auf, die zwischen einem erpresserischen, auf Gewaltandrohung gründenden Paternalismus und einer tyrannischen Schre-

ckensherrschaft changiert. Drogenbanden wie Milizen beherrschen in aller Regel die vermeintlich demokratischen Ortsvereine ihrer Territorien, instrumentalisieren sie als legalen Arm gegenüber Staatsapparaten und nutzen ihre Herrschaft, um Wahlkampagnen zu manipulieren und Wahlstimmen zu kaufen.

Sogar popkulturell nähern sich Drogen- und Milizbanden einander an. Während ein Großteil des Baile Funks, der in den 1980er Jahren mit Wochenendpartys für Zehntausende von Jugendlichen zur dominanten Subkultur der Favelas aufgestiegen ist (vgl. Kap. 4.1), lange von Drogengangs kontrolliert wurde, etablierte sich in Miliz-beherrschten Arealen ein *funk da milicia*. Brachte ersterer den *funk proibidão*, den gesetzlich verbotenen Funk als ein die Gangster verherrlichendes Genre hervor, glorifiziert letzterer die *milicianos* und verdammt die *traficantes* (Oosterbaan 2015).

Zum allseits bekannten Logo der Milizen mutierte die 1940 in US-amerikanischen Comics erfundene und später in Hollywood-Blockbustern globalisierte Superhelden-Figur *Batman*, die früh auch in Brasilien erfolgreich war. Die berühmte *Liga da Justiça* (dt. Liga der Gerechtigkeit) und ihr Anführer, der ehemalige Militärpolizist Ricardo Teixeira Cruz, etablierten das Fledermaus-Logo als Miliz-Symbol. Ganz in der Tradition seiner ursprünglichen Comic-Version steht diese Aneignung des Superhelden für einen Vigilantismus und eine populäre Selbstjustiz, die angesichts des staatlichen Versagens, für Sicherheit zu sorgen, selbst Gerechtigkeit zu schaffen vorgibt. Der Zugriff auf populäre Superhelden deutet darauf hin, »dass die [immer männlichen, SL] Anführer der Milizen die Bewohnerschaft davon überzeugen wollten, dass sie inmitten mehrdeutiger Gewaltakteure für Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen« (ebd.: 206). Mit Blick auf die Subkulturen des *funk proibidão* und des *funk da milicia*, die Drogengangs respektive Milizen glorifizieren, und auf die Aneignung der *Batman*-Figur durch die Milizen spricht Martijn Oosterbaan von einer »Populärkultur der Souveränität«. Diese zeige, dass »extra-staatliche Formen politischer Ordnung nicht nur durch Zwang und materielle Anreize reproduziert werden, sondern auch durch ästhetische Praktiken« (208).

Die ästhetischen Praktiken eines von mir besuchten *baile da milicia* in Rios Westzone habe ich beispielhaft in einem Forschungstagebuch dokumentiert. Die Aufzeichnung beginnt mit der Anreise zum Haus einer Bekannten, die uns im Juni 2013 beherbergte, als wir frühere Bewohner:innen von Manguinhos besuchten. Diese waren nach dem Einmarsch der »Befriedungspolizei« (siehe Kap. 3.4 und 6.4) in die westliche Peripherie geflohen, wo das *Comando Vermelho* eine von Milizterritorien umgebene Favela beherrschte:

»Vom Abzweig der Hauptstraße an, der in die Siedlung führt, in der K. lebt, herrscht die Miliz. K.s Ehemann, ein verrenteter Gefängniswärter, arbeitet für diese Miliz als Buchhalter. Die Motoradtaxis, mit denen wir unterwegs sind, dürfen uns nicht zu ihrem Haus bringen, weil die Miliz eigene Taxis unterhält

und andere dort untersagt. In K.s Nachbarschaft, allem Anschein nach ein Wohnviertel der unteren bis mittleren Mittelschicht, scheinen fast ausschließlich Polizeiangehörige zu wohnen, die sich an der lokalen Miliz beteiligen. K.s Ehemann berichtet, dass diese keine Drogen erlaube, aber ansonsten mit illegalen Geschäften aller Art operiere. Anscheinend verschwinden regelmäßig Leute, die irgendwelche Regeln der Miliz gebrochen haben. Eine Nachbarin, die zu Besuch ist, erzählt ohne kritischen Unterton von einem Jungen, der immer auf dem Platz gekifft habe, zweimal verwarnt worden und danach auf Nimmerwiedersehen verschwunden sei.

Am Abend besuchen wir einen *baile* der Miliz, der auf einer brachliegenden und öffentlich zugänglichen Wiese direkt neben der die Siedlung begrenzenden Straße stattfindet. Gastgeber ist der Chef der Miliz, den ich mit Handschlag begrüßen muss, weil die uns begleitende Nachbarin von K. mit ihm verwandt ist. Er hat eine Figur wie ein Bodybuilder und trägt massive Goldketten an beiden Handgelenken, eine goldene Uhr, einen Brillantring und eine Schusswaffe. Auch seine Frau ist schwer mit Gold behängt. Der Chef spendiert den ganzen Abend für viele Gäste einschließlich uns Alkohol und ist wie ein König permanent von Leuten umringt. Fast alle anwesenden Männer, so erzählt uns die Nachbarin, seien aktive Polizisten. Auch der Chef selbst ist laut K.s Ehemann ein aktiver Offizier der BOPE.

Den Event beschallen billigste Trash-Sounds in schmerzhafter Lautstärke. Die ersten Stunden läuft US-amerikanischer Rummelplatz-Techno, später eine verpoppte *Pagode Caipira*. Lange sind nur wenige Leute da, ab Mitternacht platzt die Wiese aber bis in die Morgenstunden aus allen Nähten. Es ist offensichtlich der Event der Gegend. Die Ähnlichkeiten zum *baile do tráfico* sind frappierend – das Gold, der Gangster-Habitus, die Inszenierung des Führers, die geradezu irre Lautstärke, die die Siedlung die gesamte Nacht hindurch ohrenbetäubend beschallt, die öffentliche und kostenlose Zugänglichkeit. Allerdings trägt offen nur der Chef eine Waffe – im Gegensatz zum *baile do tráfico*, auf dem alle anwesenden *traficantes* stolz ihre Kriegswaffen ausführen. Auch werden zumindest nicht offen Drogen konsumiert und die Musik ist eine völlig andere, kein Funk wie beim *tráfico*, sondern trashigster Mainstream-Pop aus den USA und dem brasilianischen Hinterland.«

Zwischen 2008 und 2012 beobachteten Cano und Duarte (2013) gravierende Transformationsprozesse des Milizkomplexes. Trotz der unverhohlenen Sympathie der Regierenden für die Milizen begann in dieser Zeit die Staatsanwaltschaft deren Delikte strafrechtlich zu verfolgen. Nachdem Milizionäre 2008 drei in der Favela Batan recherchierende Journalisten gefoltert hatten, begannen auch Medien die kaum verheimlichte Verflechtung von Milizen, öffentlichen Sicherheitsorganen und Lokalpolitik kritisch zu beleuchten. Die Politik setzte einen Untersuchungsausschuss ein, Polizei und Justiz verhafteten und klagten mehrere Hundert Staatsbedienstete

wegen Mitgliedschaft in einer Miliz an. Als erwiesene Anführer der *Liga da Justiça*, die in Rios Westzone große Territorien beherrschte, wanderten ein Stadtrat und ein Landtagsabgeordneter ins Gefängnis und verloren ihre Ämter.

Auf den Verlust des öffentlichen Zuspruchs und die juristische Verfolgung reagierten die Milizen, indem sie ihre Aktivitäten nun geheim hielten. Ihre bis dahin demonstrative, der Herrschaft der Drogengangs ähnelnde Territorialkontrolle tendierte nun zu einer »Sozialkontrolle der Todesschwadronen« (Cano/Duarte 2013: 49). Diese errichtet »keine Zugangskontrollen und geht auf diskrete, wenngleich äußerst gewaltsame Weise vor« (ebd.). Zugleich infiltrierten sie neue Geschäftsfelder wie den Geldverleih oder den Drogenhandel. Der neue Modus der Geheimhaltung schwächte die Möglichkeiten der Milizen, die Bevölkerung ihrer Territorien umfassend zu kontrollieren. Vor allem weil ihre zentralen Akteure bis heute nicht nur strafverfolgte Kriminelle sind, sondern als aktive Polizeikräfte die staatliche Gewalt verkörpern und eng mit politischen und gesellschaftlichen Eliten verflochten sind, blieb die Angst vieler Menschen vor den Milizen aber erhalten.

Dabei haben die Milizen ihren Anspruch auf soziale Legitimität nicht aufgegeben und häufig fühlen sich Menschen von ihnen eher geschützt als bedroht: »Vielen Personen, die in diesem brutalen Kontrollsystem sozialisiert wurden, erscheint die Beseitigung von Kleinkriminellen und Drogendealern nicht nur als etwas Normales; sie fordern dies vom Milizionär [sic!] sogar ein.« (ebd.: 47) Sie sind dankbar für eine Alltagsordnung, die ohne Schießereien und die allgegenwärtigen Kriegswaffen der Drogengangs sowie ohne die Angst auskommt, Kinder an diese zu verlieren (Arias/Barnes 2017). Zudem führt die Polizei in Miliz-Territorien keine jener aggressiven Operationen durch, denen in von *comandos* beherrschten Favelas so viele Unschuldige zum Opfer fallen (Cano/Ribeiro 2016, Zaluar/Siqueira Conceição 2007). So akzeptieren viele Ortsansässige eine Friedhofsruhe zum Preis der Unterwerfung unter eine »nahezu totale Herrschaft über das politische und wirtschaftliche Leben« (Arias/Barnes 2017: 459), die in letzter Instanz auf Gewalt gründet. Ähnlich wie für den Drogen- gilt so für den Milizkomplex, dass eine sozial kontextualisierte Gewalt, die in gewachsene Moralvorstellungen der zumeist konservativen Bewohnerschaft der Favelas eingebettet ist, für ein konsensuales Regieren nutzbar gemacht werden kann (vgl. Kap. 2.6).

3.3 Polikultureller Aktivismus: zwischen »Regieren durch Community« und subversiver Bürgerschaft

Wie beschrieben haben die traditionellen *associações de moradores* schon in den 1990er Jahren ihren Charakter als demokratisch legitimierte und politisch autonome Organe der Selbstverwaltung und Repräsentation der Favelas weitgehend verloren. Zum einen wurden sie seither von Drogengangs dominiert, die sie bei

Bedarf zwangen, ihre Interessen gegenüber den Behörden zu vertreten. Zum anderen waren sie in einer oft korrupten und klientelistischen Form in staatliche Urbanisierungsvorhaben eingespannt (vgl. Kap. 6). Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die Favelas entpolitisiert haben. Vielmehr generierte das politische Vakuum, das die zwischen Klientelismus und Gewaltregime zerriebenen Ortsvereine hinterlassen haben, neuartige Initiativen, die sich der Kontrolle durch Staatsapparate oder Drogengangs entzogen. Häufig fusionierten sie einen politischen Aktivismus mit Kultur-, Erziehungs- und Sozialarbeit.

Kommunitäre Medien: Bild- und Erinnerungsproduktion in die eigene Hand nehmen

Zu Beginn der 2000er Jahre waren Bewohner:innen der Favelas stärker in Vereinen engagiert als durchschnittliche *cariocas* (Happe 2002: 220). Es existierten zahlreiche Kulturvereine, Gemeindezentren, Selbsthilfegruppen, soziale Organisationen und autonome Radio- und Fernsehkanäle. Große Siedlungen wie die Rocinha etablierten eigene Webportale (etwa: www.rocinha.org) und später auch Blogs, um die mediale Repräsentation der Favelas, die auf eine lange Geschichte eines durch Ignoranz und Stigmatisierung geprägten *Othering* durch bürgerliche Medien zurückblickt, erstmals selbst in die Hand zu nehmen. Ferner entstanden Initiativen für eine von der Bewohnerschaft getragene Bildproduktion über die Favelas wie 2002 die Fotoagentur *Olhares do Morro* in Santa Marta oder 2004 die *Escola de Fotografia Populares* im Complexo de Maré (Farias 2015). Mario Grynspan und Dulce Pandolfi (2007: 78) beobachteten eine neue Dringlichkeit, Favelas anders zu repräsentieren und Erinnerungen an ihre Geschichte gemeinschaftlich zu produzieren:

»Die Repräsentationen, mit denen man brechen will, kennzeichnen die Favelas durch Unordnung, die Ablehnung moralischer Werte, das Fehlen von Kultur und Zivilisation und die mit dem Drogenhandel verbundene Gewaltbereitschaft. Nach diesen Repräsentationen wären die Favelas der Raum der Barbarei, im Gegensatz zu der mit der formellen Stadt identifizierten Zivilisation. So wahrgenommen, werden sie zum Objekt der Vermeidung, der Segregation und das soll nun mit den Mitteln der Erinnerung umgedreht werden.«

Die neuen Initiativen knüpften ihre Erinnerungen an traditionelle, häufig an die regionale Herkunft der Bewohnerschaft gekoppelte Kulturpraktiken und an eine »gemeinsame Vergangenheit der Arbeit, Solidarität, Kooperation und Partizipation, des Kampfes und der Mobilisierung gegen Widrigkeiten und Räumungsdrohungen sowie des Kampfes für würdigere Existenzbedingungen und letztlich für die Bürgerschaft« (ebd.). Ein Beispiel dafür ist die 2014 durch den Film-Studenten Edilano Cavalcante gegründete kommunitäre Medieninitiative *Agência de Comunicação Comunitária Fala Manguinhos!*, die als medialer »Lautsprecher« »die Stimmen

des Complexo de Manguinhos innerhalb wie außerhalb der Favela« hörbar machen sollte (zit. in. Bessler 2018: o.S.).

Die gemeinnützige Agentur gründete sich in einer Favela-öffentlichen Versammlung (*conselho comunitário*), die auf basisdemokratische Weise einen Ortsbeirat und ein Leitungsteam wählte, und begann mit lokalen Sozial- und Bildungsträgern zu kooperieren (vgl. Barros Vargas 2016). Mit dem Ziel, die lokalen Menschen- und Umweltrechte medial zu verteidigen und die Bürgerschaft und Gesundheit der Bewohner:innen zu fördern, publizierte die Agentur das Journal *Fala Manguinhos!*, das heute wegen Geldmangels nur noch digital erscheint. Die meisten Beiträge dafür produzierten junge Erwachsene aus Manguinhos, die in kostenlosen Workshops zu kommunitären Reporter:innen ausgebildet wurden. Zudem baute die Agentur ein Archiv auf, das die Historie der 14 Favelas aus der Alltagsperspektive erzählt. Im Gegensatz zu den herrschenden Medien sollte *Fala Manguinhos!* positive Aspekte aus den *comunidades* publizieren und über Arbeitsmöglichkeiten, Kurse oder Gesundheitskampagnen informieren. 2018 sah sich das Herausgabeteam aber angesichts Manguinhos' monatelanger Besetzung durch das Militär und der damit einhergehenden Schußwechsel gezwungen, so eine Mitarbeiterin, auch als »Vehikel für Sicherheitsinformationen« zu fungieren, damit »die Menschen nicht mitten in den Schießereien ihre Häuser verlassen« (zit. in Bessler 2018: o.S.).

Eine Studie von Alex Barros Vargas (2016) über *Fala Manguinhos!* zeigt, dass die notdürftig mithilfe von Crowdfunding-Kampagnen und der Förderung durch eine Stiftung finanzierte Initiative nicht nur an mangelnden Ressourcen litt, sondern auch an einer im Machtfeld der Favela gründenden Entwicklungsblockade. »Die Agentur hat ein enormes Potenzial, um ein sich selbst tragendes soziales Unternehmen zu werden«, so erzählte ein Aktivist. »Damit begibt sie sich aus zwei Gründen in eine Gefahrenzone: erstens, weil die Kommunikation in der Favela zu gefährlich ist, da sie Machtverhältnisse verändern kann; zweitens, weil das Geldverdienen in der Favela ebenfalls gefährlich ist, da die lokale Macht daran teilhaben will.« (zit. in ebd.: 67) Da sich die »lokale Macht« aus Drogengangs, Militärpolizei und korrupten Staatsbediensteten zusammensetzt, ist »gefährlich« nicht metaphorisch zu verstehen, sondern bezeichnet eine Gefahr für Leib und Leben. Letztlich überlebte das immer wieder Mitarbeitende verlierende Journal nur, weil es mit lokalen Institutionen kooperierte. Das Erfolgsgeheimnis liege in seiner offenen Form, so Barros Vargas, die die Vielfalt der Positionen in der Favela abbilde, ohne doktrinäre Haltungen zu propagieren. Pragmatisch setzt es sich bis heute für eine Verbesserung der Lebensqualität und für bürgerschaftliche Rechte einer in die Stadtgesellschaft integrierten Gemeinde ein.

Die mediale Reichweite von *Fala Manguinhos!* wird durch eine Partnerschaft mit *RioOnWatch* erweitert. Dieses frei zugängliche Medienportal berichtet auf Portugiesisch und Englisch über Belange der Favelas in Rio und machte diese so erstmals

international wahrnehmbar. Es wurde 2010 gegründet, um bürgerliche Medienberichte über die Favela-Effekte des vor-olympischem Stadtumbaus durch kritische Stimmen aus den Communitys und der Wissenschaft zu kontrastieren. Getragen wird *RioOnWatch* von einer gemeinnützigen, auf dem *asfalto* gegründeten und aus den USA gesponserten NGO namens *Comunidades Catalisadoras* (ComCat). Sie operiert nach eigenen Angaben an der »Schnittstelle zwischen nachhaltiger Gemeindeentwicklung, Menschenrechten, lokal-globalen Netzwerken, unabhängiger Kommunikation und Stadtplanung«, um in der Favela lebende *cariocas* »im Einklang mit ihren Bedürfnissen« zu stärken und den sie stigmatisierenden öffentlichen Diskurs zu verändern (ComCat o.J.: o.S.). Gerade für letzteres spielt *RioOnWatch* eine bedeutsame Rolle, da seine Berichterstatte:r:innen die durch politische, polizeiliche und militärische Interventionen verübten Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und international zugänglich machen.

Große und oft von Prominenten mitgegründete NGOs wie die bereits erwähnte *Viva Rio* positionieren ihre Webportale dagegen politisch eher neutral. Sie fungieren als PR-Medien für ihre von transnationalen Konzernen gesponserten humanitären Projekte, die bei »Befriedungs-« und Urbanisierungsvorhaben mit Behörden kooperieren, um die vom Staat verantworteten Mängel der sozialen Infrastruktur zu kompensieren.

Beats and Politics: der Boom politikultureller Netzwerke

Wie beschrieben, haben sich Favela-NGOs seit den 1990er Jahren zu bedeutenden Akteuren eines »Regierens durch Community« aufgeschwungen, das seine Sozialprogramme über zivilgesellschaftliche Organisationen abwickelt. Als dessen primäre gouvernementale Handlungsform etablierte sich das von Staatsapparaten, NGOs und Unternehmen kollaborativ umgesetzte Sozialprojekt. Dabei geht es häufig darum, Jugendliche gegen Versprechungen der Drogenökonomie zu immunisieren (Araujo de Souza 2017). Auch für kleine, von lokalen Initiativen in Favelas gegründete NGOs eröffneten sich so neue Möglichkeiten, um an öffentliche Ressourcen zu gelangen (vgl. Pandolfi/Grynszpan 2003).

In Abgrenzung von einer solchen staatlichen Indienstnahme etablierten sich auch politikulturelle Netzwerke, die eine radikale Agenda der Bürgerrechte, selbstbestimmten Repräsentation und sozialen Gerechtigkeit mit kultureller Produktion verknüpfen. Dazu gehören etwa das *Centro de Cooperação e Atividades Populares* (CCAP, dt. etwa Zentrum für Zusammenarbeit und Alltagsaktivitäten) im Complexo de Mangueiras, die infolge eines Massakers in Vigário Geral gegründete *Grupo Cultural AfroReggae* (GCAR) oder die von Hip-Hop-Stars aus Cidade de Deus initiierte *Central Unica das Favelas* (CUFA). Primär adressierten diese damals neuartigen Organisationen Jugendliche, die der Gewalt sowie den Verführungen des Drogenkomplexes am stärksten ausgesetzt waren. Dabei konterten sie die drogen-

ökonomischen Versprechen auf Prestige, Macht und Geld durch ›coole‹ Subkulturen wie Hip-Hop und Funk sowie durch eigene Medienkanäle. Indem ihr Musik- und Bildungsaktivismus Gangs und Milizen oder korrupte Verantwortliche aus Polizei und Politik nicht direkt bedrohte, balancierten diese Projekte im besten Fall auf dem prekären Grat einer gewaltfreien Koexistenz mit ihnen. Nicht selten jedoch wurden und werden noch heute ihre Aktivist:innen bedroht, verbannt oder gar ermordet.

Das CCAP entwickelte sich aus einer befreiungstheologischen Kirchengemeinde im Complexo de Manguinhos und operierte ab den 2000er Jahren als Netzwerk verschiedener Sub-Organisationen. Zu ihnen gehörte ein lokaler Fernsehkanal, ein Kinderbildungszentrum und eine Schule ebenso wie Initiativen zur Rechtsberatung und Mikrofinanzierung sowie die Partizipation an lokalen Planungsprozessen (RedeCCAP 2003). Einer Koordinatorin zufolge (Interview 2003) bestand die »institutionelle Mission« dieser von einer italienischen NGO und der Oswaldo-Cruz-Stiftung geförderten Organisation darin, die »Menschenrechte lokal zu verteidigen und durchzusetzen. Denn sie sind die wesentliche Bedingung für die Demokratie, für Nachhaltigkeit und für eine integrale, sozial gerechte lokale Entwicklung.« Das CCAP wurde von akademisch ausgebildeten Bewohner:innen der Favela organisiert, die sich als organische Intellektuelle verstanden: »Wir sind die einzigen, die der Favela eine Stimme verschaffen können und zugleich die einzigen anerkannten Ansprechpartner:innen für Staat und Polizei.« (Ebd.) Weitere Alleinstellungsmerkmale seiner Bildungseinrichtungen und seines kommunitären Fernsehprojekts *AtreVer* waren Lehrpläne oder Telenovela-Produktionen, die jugendliche Alltagserfahrungen mit Gang- und Polizeigewalt, mit Stigma und Ausgrenzung, mit Geschlechterfragen, Umweltbedingungen und Drogenkonsum reflektierten. Entgegen der in der Favela allgegenwärtigen »Erfahrung des Todes« pochten die CCAP-Aktionen »auf den Wert des Lebens« (ebd.). Sie sollten Jugendliche zu selbstbewussten Persönlichkeiten ermächtigen, Wünsche der Bevölkerung artikulieren, Engagement stimulieren und dafür staatliche Ressourcen einfordern.

In den beginnenden 2000er Jahren initiierte das CCAP ein »Projekt der integrierten und nachhaltigen lokalen Entwicklung« des Complexo de Manguinhos. Dafür mobilisierten die Engagierten Nachbarschaftsversammlungen, an denen meist über 300 Leute teilnahmen, ein Frauenkollektiv, eine lokale Geschichtswerkstatt und ein Wohn- und Umweltforum. Vom CCAP angeleitet, erforschten engagierte Ortsansässige diese Themen gemeinschaftlich und erarbeiteten Forderungen für eine Urbanisierung des im gesamtstädtischen Vergleich besonders benachteiligten Favela-Komplexes. Als diese in Form des PAC-Programms schließlich startete, würgten dessen autoritärer Charakter sowie die Profitmöglichkeiten, die es korrupten Staatsbediensteten, Ortsvorsitzenden und Drogenbossen eröffnete, die Community-orientierten Aktivitäten des CCAP ab. Die herrschende Drogengang bedrohte kritische Aktivist:innen, andere wandten sich vom CCAP

ab, als dieses sich, um überleben zu können, in eine politisch eher neutrale Bildungsorganisation zu transformieren begann (siehe dazu Kap. 5.3 und 6.2).

Ähnliche politische Agenden wie das CCAP verfolgten die in der Subkultur des Hip-Hops verorteten Kultur- und Bildungsprojekte *Grupo Cultural AfroReggae* (kurz *AfroReggae*) und *Central Unica das Favelas* (CUFA). Beide positionierten sich primär gegen Rassismus und gegen systematische Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Organe.

AfroReggae startete 1993 als Initiative einiger afrobrasilianischer Kulturintellektueller aus dem Umfeld der Musikzeitschrift *Afro Reggae Noticias* mit musikalischen Workshops für Jugendliche (Junior 2004). Damit reagierten sie auf ein Massaker, das eine Todesschwadron verummter Polizeikräfte an 21 unbescholtenen Bewohner:innen der im äußersten Norden der Metropolregion gelegenen Favela Vidigal angerichtet hatte. Bis Mitte der 2000er Jahre hatte die *Grupo Cultural AfroReggae* aus Jugendlichen dieser besonders benachteiligten Siedlung mehrere Bands geformt, die teilweise weltweit tourten und bei einem *Major*-Label unter Vertrag standen. Zugleich organisierte sie diverse Kulturzentren, professionelle Theater- und Zirkusgruppen sowie Bildungswshops. Das Projekt »verbindet Bildung, Jugendarbeit, Umwelt, Gesundheit sowie den Kampf gegen Drogengewalt mit Kultur, Musik und Medien und vermittelt besonders benachteiligten Favela-Bewohnern [sic!] Selbstwertgefühl und ein politisches Bewusstsein ihrer Bürgerrechte.« (Vejmelka 2004: 124)

Die aus der Hip-Hop-Bewegung entsprungene CUFA wiederum, in der sich diverse Popstars engagierten, unterhält heute ein eigenes Label und mehrere Gemeindezentren, bildet Jugendliche aus und organisiert Kulturevents und bürgerschaftliche Projekte. Sie möchte das politische Bewusstsein von Benachteiligten fördern und »die Favelas transformieren, oder besser ihre wegen sozialen und rassistischen Vorurteilen [...] nicht valorisierten Talente und Potenziale« (www.cufa.com.br; Zugriff 02.09.2007). Als einzige dieser Organisationen verschrieb sich die CUFA realpolitischen Aktivitäten im engeren Sinne. Ihre beiden wichtigsten Protagonisten, der Rap-Star MV Bill und der Musikmanager Celso Athayde (vgl. Kap. 4.2), gründeten 2001 die *Partido Popular Poder Para Maioria* (PPPomar; dt. Volkspartei Macht für die Mehrheit), deren antirassistisches Programm darauf zielte, die deklassierte afrobrasilianische Bevölkerung mit einer gleichberechtigten Bürgerschaft auszustatten und sie sozial und ökonomisch zu integrieren. Mit dem Aufruf, Bier- und Zigarettenmarken zu boykottieren, die keine sozialen Investitionen in Favelas realisierten, gelangte die Partei schnell in überregionale Medien. »Die Radikalität und der Nonkonformismus wächst in den Favelas«, kommentierte selbst der konservative *O Globo* (23.12.2001) wohlwollend: »Kommunitäre Bewegungen [...] machen Druck auf öffentliche Sektoren und private Initiativen, um eine bessere Verteilung der Einkommen zu erzwingen. Nicht mehr infrastrukturelle Mängel,

sondern das Fehlen von sozialen Instandsetzungsarbeiten, die in den Favelas Bildung und Kultur stimulieren würden, beschäftigt diese Gruppen.«

Während die Partei bald nach dieser Auftaktkampagne vor sich hindämmerte, erregten andere CUFA-Projekte großes Aufsehen. Vor allem der Dokumentarfilm *Falcão – Meninos do tráfico* (dt. – Jungs aus dem Drogenhandel), für dessen Produktion die CUFA mit Brasiliens vorherrschendem Medienkonzern *Globo* kooperierte, wirbelte die bürgerlichen Repräsentationsmuster der Favela radikal durcheinander, als er 2006 landesweit zur Primetime ausgestrahlt wurde.

Alle diese neuartigen Institutionen haben sich substantiell vom bevormundenden Regime des Klientelismus gelöst, das die Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Favela ein Jahrhundert lang dominiert hat. Sie fordern vollständige staatsbürgerliche Rechte ein, definieren Entwicklungsziele für ihre Wohnorte und trotzen der Gewalt der Staatsorgane und Drogengangs. Dabei begannen sie die fremdbestimmte Repräsentation der Favela durch eigene Stimmen und Bilder zu ersetzen. Ab 2003 trafen sie mit Präsident Lula da Silva von der *Partido dos Trabalhadores* (PT; dt. Partei der Arbeiterschaft), dessen Sozialministerin Benedita da Silva selbst aus einer Favela in Rio stammte, erstmals auf eine Regierung, die solche Aktivitäten förderte. Genauer diskutiere ich die Praktiken und Effekte der GCAR und der CUFA in Kapitel 4.2 und 4.3 und des CCAP in Kapitel 5.3 und 6.2.

Netzwerke gegen Gewalt: der politische Kampf um volle Bürgerrechte

Jenseits der im Feld der Kultur agierenden Akteure brachte das beginnende 21. Jahrhundert auch politische Initiativen hervor, die für die Bewohnerschaft der Favela eine staatliche Garantie der vollständigen Menschen- und Bürgerrechte forderten. Auch sie entzündeten sich häufig an Massakern, die reguläre oder als Todesschwadronen camouflierte Polizeieinheiten verübt hatten, und attackierten die staatliche Gewaltherrschaft, der die Favelas unverändert ausgesetzt waren. In Reaktion auf das »Massaker von Borel« vom 14. April 2003, bei dem ein Trupp der Militärpolizei vier unbescholtene junge Männer ermordete, etablierten sich die beiden emblematischen Bewegungen gegen die Polizeigewalt *Movimento Posso Me Identificar* (dt. Bewegung Darf Ich Mich Ausweisen) und das daraus hervorgegangene *Rede de Comunidades e Movimentos contra a Violência* (dt. Netzwerk der Communitys und Bewegungen gegen die Gewalt; Kurzform *Rede*). Der Name der erstgenannten Initiative verwies auf die polizeiliche Praxis, Schusswaffen zu gebrauchen, ohne den Opfern vorher die Möglichkeit zu geben, sich auszuweisen.

Das von Menschenrechtsorganisationen als emblematischer Fall einer exzessiven staatlichen Gewaltanwendung bezeichnete Massaker im Morro do Borel bewirkte »einen Meilenstein im Prozess der politischen Mobilisierung gegen Polizeigewalt« (Farias 2014: 4). Beide Bewegungen attackierten erstmals systematisch und unterstützt durch Amnesty International oder die Menschenrechtsorganisati-

on *Justiça Global* die in Rio endemische Polizeigewalt. Sie organisierten eine Vielzahl von politischen Aktionen (Demonstrationen, Straßenblockaden, internationale Events) und Selbstermächtigungsworkshops, verfassten Manifeste und vernetzten sich mit anderen Basisbewegungen. Professionelle Kommunikationsstrategien, die mithilfe von *key visuals* oder Dokumentarfilmen auf die Macht der Bilder setzten, verliehen ihnen eine hohe mediale Sichtbarkeit. Besonders engagierten sich die Mütter der Polizeiopfer. Der Anthropologin Juliana Farias (2014: 4) zufolge schufen Opferangehörige ein »eigenes politisches Vokabular«, das bei Demonstrationen den symbolischen Wert ihrer Gefühle mobilisierte und die beiden Bewegungen charakterisierte.

Mithilfe von Menschenrechtsanwälten forderte das *Movimento Posso Me Identificar* konkrete juristische und polizeiliche Reformen ein. Das politische Klima der 2000er Jahre dominierten dagegen Figuren wie Rios Sicherheitsminister und früherer Gouverneur Anthony Garotinho, ein ehemaliger Linker, der mörderische Polizeieinsätze wie in Borel als unvermeidliche Operationen im Krieg gegen die Drogen legitimierte und den Protest dagegen kriminalisierte. Die Militärpolizei konnte jegliche Tötungen durch die schlichte Behauptung rechtfertigen, auf einen »*auto de resistência*« (dt. Widerstandsakt) reagiert haben zu müssen. Diese juristische Legitimationsfigur für Polizeigewalt stammte noch aus der Militärdiktatur. Kritik daran verunglimpften Regierung und bürgerliche Medien als eine vermeintliche Begünstigung der Drogengangs. Sie etikettierten polizeikritische Demonstrationen pauschal als »Aufruhr« und zeigten ihre Teilnehmenden wegen vorgeblicher »Verwüstung von Privateigentum« an. Zusätzlich ordnete Garotinho an, Protestierende gegen Polizeigewalt wegen Zugehörigkeit zum Drogenhandel anzuklagen. Diese Kriminalisierung politischer Meinungsäußerungen konnte dramatische Folgen haben, denn bei »Straßenblockaden« drohten nun bis zu zehnjährige Haftstrafen. Regelmäßig stießen zudem Uniformierte der Militärpolizei Morddrohungen gegen Aktivist:innen aus (Farias 2015, *Justiça Global* 2004). Juliana Farias (2007: 76) argumentierte diesbezüglich zu Recht:

»Der ›*auto de resistência*‹ und das ›Verbrechen der Zugehörigkeit zum Drogenhandel‹ fügen sich in einer Art Rückkoppelungsprozess ineinander, der die Bewohnerschaft der Favela als tötbare Bevölkerung konfiguriert: Polizeikräfte, die Bewohner:innen bei Razzien summarisch hinrichten, sind sich ihrer Straflosigkeit sicher und es wird für diese noch komplizierter, diese Art von Aktion anzuklagen und ihre Rechte einzufordern;«

Denn für Protestaktionen gegen von Polizeikräften begangene Exekutionen drohte nun eine Gefängnisstrafe mit derselben juristischen Begründung – die Polizei müsse sich gegen Drogenkriminelle zur Wehr setzen –, mit der diese die Tötungen legitimierte. Dabei operierte die Regierung mit einem ebenso sexistischen wie rassistischen Diskurs. Gouverneur Sergio Cabral etwa bezeichnete protestierende

Mütter der Opfer, meist in der Favela lebende Schwarze Frauen, als »wahre Fabriken von Marginalen« (damit sind Gang-Kriminelle gemeint) und erklärte sie faktisch zu einem epidemiologischen Problem des Regierens (Birman 2008: 99ff.). Auf seinen Protestmärschen reagierte das *Movimento Posso Me Identificar* kreativ auf diese Stigmatisierung: »Die weiße Farbe unserer T-Shirts und der mit den Worten ›Frieden‹ und ›Liebe‹ gekennzeichnete Text addierten sich zu Gebeten und Liedern eines ökumenischen Rituals, das die Demonstration beendete. Damit verhinderten wir ihre Banalisierung und Kriminalisierung, sie konnte nicht als Gelage, Krawall oder Ausschreitung etikettiert werden.« (zit. in Farias 2007: 80)

Mit dem Ziel, die mörderische Polizeigewalt, den Krieg gegen die Drogen, »die Kriminalisierung der Armut und des Protests der Armen« sowie »den Rassismus im Strafrechtssystem« zu beenden, formulierte das *Movimento Posso Me Identificar* (2006: o.S.) einen Katalog mit 38 Forderungen an die Staatsorgane. Sie umfassten den »Aufbau eines staatlichen Systems zum Schutz der Menschenrechte«, unabhängige Ombudspersonen, eine bei der Polizei angesiedelte Staatsanwaltschaft, eine psychologische Betreuung von Gewaltopfern, eine Polizeiausbildung für nicht-tödliche Konfliktstrategien und sogar eine Belobigung von Bataillonen, die »in ihren Einsatzgebieten die Zahl der Todesopfer reduzieren«. Besonders die Forderung XXII verwies auf das anhaltend kolonialistische und militaristische Selbstverständnis der Polizei: »Änderung der auf Fahrzeugen, Uniformen und Organen der öffentlichen Sicherheit angebrachten Symbole der polizeilichen Tätigkeit: Streichung der Waffen, der Zuckerrohr- und Kaffeezweige, die sich auf die Repression des Widerstands gegen die Sklaverei beziehen, und anderer Symbole, die das Paradigma des Todes darstellen [...]« (Ebd.)

Nach internen Konflikten über das weitere Vorgehen gründete die radikalere Fraktion der Engagierten Ende 2004 das *Rede de Comunidades e Movimentos contra a Violência*. Während gemäßigte Mitglieder im *Movimento Posso Me Identificar* verblieben und sich nun auf Jugendbildungsprojekte konzentrierten, setzte das *Rede* die Staatsapparate stärker unter Druck und weitete den bisherigen Fokus auf Menschenrechtsverletzungen auf einen umfassenden Kampf um das gleiche Recht der in der Favela lebenden Menschen auf die Stadt aus. Auch Linke etwa aus studentischen Mittelschichtsmilieus stießen nun zum *Rede* (Farias 2007: 24). Dieses warb Gelder ein, transformierte sich in eine NGO, begann bei Abgeordneten zu lobbyieren, gewalttätige Polizeieinsätze zu dokumentieren und, um deren juristische Verfolgung zu erreichen, mit der Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Darüber hinaus leistete das *Rede* für Opferangehörige rechtliche und psychologische Unterstützung und nahm an Anhörungen und Prozessen teil, um den Rassismus im Strafrechtssystem aufdecken zu können. Als ein Zentrum, das Anzeigen aus der Bewohnerschaft unmittelbar bearbeitet, hat das *Rede* bis heute eine für den Widerstand gegen Polizeigewalt bedeutsame »Vermittlungsfunktion zwischen Opfer-

familien, Polizeibehörden und der Begleitung juristisch-institutioneller Prozesse erlangt« (Landim/Siqueira 2013: 39).

Dass 2013 in »Reaktion auf den jahrelangen Kampf und die Forderung verschiedener Menschenrechtsbewegungen« der *auto de resistência* abgeschafft wurde, deutete das *Rede* als einen seiner wichtigsten Erfolge. Ein polizeilicher Tötungsakt musste nun als »Körperverletzung infolge eines Polizeieinsatzes« oder als »Tötungsdelikt infolge eines sozialen Eingriffs« juristisch verfolgt werden (Rede 2013: o.S.). Allerdings sah das *Rede* darin nur einen ersten Schritt: »Wir müssen auf das Wesentliche achten: die Vernichtungspraktiken, die die gesamte Institution der Polizei durchdringen. Ohne diese Realität zu ändern, hat jede Resolution oder Verordnung entweder einen sehr begrenzten Umfang oder schlichtweg keinerlei Wirkung.« (Ebd.)

Eine neue Generation: ideologisch und technologisch globalisierter Favela-Aktivismus

In den 2010er Jahren kamen neue Protestinitiativen gegen Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte auf, die sich zunehmend der sozialen Medien bedienten, um sich zu organisieren. Vor allem engagierte Jugendliche emanzipierten sich von der klassischen Figur des in Ortsvereine und NGOs eingebetteten oder an Parteien angedockten und meist männlichen Favela-Aktivistin und organisierten autonome Proteste. Beispielhaft trifft dies auf die aneinander gekoppelten, mit Hashtags bezeichneten Initiativen *#OcupaAlemãoàs9h* und *#OcupaBorelàs9h* zu. Sie protestierten erstmals im Dezember 2012 auf dem Morro do Borel und im Complexo de Alemão mit gleichzeitigen Straßenbesetzungen gegen polizeiliche Übergriffe, bei denen ein Jugendlicher getötet worden war. Auf diesen Demonstrationen, so beobachtete die Anthropologin Araujo de Souza (2017: 46), ertönten alte Samba- und Funk-Songs wie der *Rap da Felicidade* (dt. *Rap des Glücks*) der MCs Cidinho und Doca. Sein berühmter Refrain – »Alles was ich will, ist glücklich sein/ohne Angst durch die Favela laufen, in der ich geboren bin/und stolz darauf sein können/und wissen, dass die Armen ihren Platz haben« – hatte den schon 1997 lancierten Song zur Hymne vieler Favela-Demonstrationen gemacht.

Auf den ersten Blick unterschieden sich dieser Protest und das aus ihm hervorgehende Kollektiv *Ocupa Alemão* nicht wesentlich von anderen Aktionen gegen die Polizeigewalt. Das Kollektiv organisierte politische Spaziergänge, eine kostenlose Bibliothek oder sozialkritische Graffiti und besetzte temporär Gassen in den Favelas und Straßen in der formellen Stadt. Mit solchen Aktionen forderte es explizit das Recht auf die Stadt ein. Dabei, so beschrieb es seine Aktivistin Thamyra Thâmara (2014: 158), »liefen drei Aspekte zusammen: das Recht auf eine Wohnung, das Recht auf Leben und das Recht auf eine symbolische Repräsentation seiner selbst und des Ortes, an dem man lebt«.

Bei genauerem Hinschauen hatte jedoch die mit Twitter und Facebook erfolgte Organisation von jungen Bildungsaufsteiger:innen, die sich von Institutionen distanzieren, ohne Repräsentanz auskamen und sich über geografische und soziale Distanzen hinweg vernetzten, mehr mit globalen urbanen Bewegungen des frühen 21. Jahrhunderts gemeinsam als mit herkömmlichen Mobilisierungen der Favelas. Besonders interessant ist ihr Zusammenhang mit den Technologien des »Regierens durch Community«. Wie beschrieben (Kap. 2.6), hatten sich seit den 1980er Jahren in Rios Favelas Sozial- und Bildungsprojekte als gouvernementale »Regierungsstrategien für die Armen [...], die durch diese selbst durchgeführt werden,« vervielfältigt (Araujo de Souza 2016: 154f.). Die »Befriedungsstrategie« der UPP (siehe Kap. 3.4) pushte diese Tendenz ab 2010 weiter. Bevorzugt qualifizierten solche Projekte Jugendliche für einen Beruf oder vermittelten ihnen unternehmerische Fähigkeiten.

Protestinitiativen wie #OcupaAlemãoàs9h und #OcupaBorelàs9h lehnten nun jegliche Kooperation mit den Trägern solcher Projekte ab, obwohl viele ihrer akademisch gebildeten Aktivist:innen selbst dort arbeiteten. Zu Recht deutete Araujo de Souza (ebd.) diese Distanzierung als einen unvorhergesehenen Effekt des »Regierens durch Community«. Denn viele NGOs boten ein progressives Klima, leisteten politische Bildung und ermunterten zur Selbstermächtigung. Sie gewährten nicht nur Jobs und eine Assimilation an den *asfalto*, sondern vermittelten meist eine den sozialen Bewegungen nahestehende Sicht auf die Welt. Entgegen dem offiziellen Regierungsauftrag »erzogen« so ihre Sozialprojekte die jugendlichen Zielgruppen eher zu kritischen *Citoyens* als zu Mikrounternehmer:innen, die sich selbst ausbeuten und eine zweitklassige Bürgerschaft akzeptieren.

Das »Regieren durch Community« rekonfigurierte auf diese Weise soziale und aktivistische Praktiken der Favela-Jugend. So erzählte eine von Araujo de Souza (ebd.: 163) interviewte Aktivistin: »Borel hat [...] Kultur, wir haben Rap, wir haben Hip-Hop, wir haben Kirchen, wir lobpreisen Gott«. Die Antwort der örtlichen Jugend auf Polizeigewalt sei daher »eine bürgerschaftliche und zivilisierte, wo doch die Regierung diese Begriffe so sehr mag, Bürgerschaft [i.O. *cidadania*, SL], Zivilisiertheit [*civilidade*]«. Offenbar hatten die jungen Engagierten die institutionalisierte Unterstellung, sie müssten zu zivilisierten Bürger:innen erst erzogen werden, internalisiert, besaßen aber zugleich ein Bewusstsein darüber, dass nicht sie es waren, die den Wesenskern dieser *civilidade* verletzten, sondern ein Bürgertum, das die Favela pauschal stigmatisierte.

Für ihre Protestaktionen machten die Jugendlichen von der ihnen nahegelegten Freiheit des Selbstregierens insofern Gebrauch, als sie für die Option, nur mit und für sich selbst zu sprechen, auf institutionelle Unterstützung verzichteten. Denn selbst herrschaftskritische NGOs vermittelten ambivalente Doppelbotschaften: Zum einen folgten sie dem offiziellen Auftrag, die Jugendlichen an ein sie stigmatisierendes Bürgertum zu assimilieren. Zum anderen förderten sie

zugleich unternehmerisch-instrumentelle und bürgerschaftlich-kritische Formen des Selbstregierens. Resultierte ersteres meist aus Kooperationen mit Konzernen, folgte letzteres eher persönlichen Überzeugungen der NGO-Teams. Bündnisse und Brüche der Jugendlichen mit diesen Instanzen des »Regierens durch Community« waren daher ebenso häufig wie vielfältig. Sie folgten nicht nur aktivistischen Konjunkturen, sondern auch Arbeitsbeziehungen sowie nachbarschaftlichen, verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Banden, die zu beachten sind, um ihre widersprüchlich scheinende Realität verstehen zu können (ebd.: 171).

An der Teilhabe von #*OcupaAlemão* und #*OcupaBorel* an den Massenprotesten der *Jornadas de Junho*, die im Juni 2013 Brasiliens Metropolen erschütterten, lässt sich zudem eine neuartige Verschmelzung des Favela-Aktivismus mit breiteren stadtpolitischen Bewegungen aufzeigen. Initiiert vom *Movimento Passe Livre* (dt. etwa Bewegung Freifahrtschein) aus São Paulo entzündeten sich die Demonstrationen, die über vier Millionen Menschen auf die Straßen brachten, an geplanten Erhöhungen der in Brasilien exorbitant teuren Fahrpreise des öffentlichen Personennahverkehrs. Bald forderten die Protestierenden jedoch zudem, die endemische politische Korruption zu bekämpfen und die Milliarden an öffentlichen Geldern verschlingenden Megaevents der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 abzusagen. In Rio stellte diese ohne zentrale Steuerung in sozialen Medien organisierte Bewegung die größte Demonstration der Stadtgeschichte mit über 300.000 Teilnehmenden auf die Beine (vgl. Toffani u.a. 2013). Insgesamt blieben die *Jornadas do Junho* in ihren Forderungen allerdings eher diffus und verknüpften sich nur vereinzelt mit langjährigen Initiativen gegen die Megaevents und die an sie gekoppelten Favela-Räumungen. Schon nach wenigen Wochen schrumpften sie auf einen harten Kern zusammen, den der öffentliche Diskurs als gewaltbereiten »*black bloc*« (dt. schwarzer Block) stigmatisierte.

Angeregt durch damals weltweit grassierende urbane Bewegungen wie *Occupy Wallstreet* oder den Arabischen Frühling gelang es aktivistischen Gruppen der *Jornadas do Junho* infolge der Protestmärsche gleichwohl, in einigen Favelas öffentliche Versammlungen zu organisieren, die politische Teilhabe und ein Recht auf die Stadt einforderten. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Jugendlichen von *Ocupa Alemão*: »Nach einer Weile gingen wir als Kollektiv und zusammen mit anderen sozialen Bewegungen der Favelas auf die Straße und stellten unsere eigene Agenda auf, die am Ende von allen geteilt wurde: #Entmilitarisierung der Militärpolizei, #UPP Raus, #Wo ist Amarildo, #Räumungen, #Keine Seilbahn, #Genozid an der Schwarzen Jugend« (Thamara 2014: 159; siehe zu UPP und Amarildo Kap. 3.4). Sie reicherten so die eher von weißen Mittelschichtsmilieus initiierte *Passe-Livre*-Bewegung mit Forderungen an, die sich auf ihre alltäglichen Unterdrückungs- und Bedrohungserfahrungen als Schwarze Jugendliche aus der Favela bezogen. Diese koppelten sie an nationale und internationale Protestdiskurse und nutzten alle digitalen Optionen, um sich zu vernetzen und ihre Anliegen zu verbreiten.

Als die Massendemonstrationen abflauten, organisierte das Kollektiv in großen Favela-Komplexen wie Jacarezinho, Maré, Cidade de Deus oder dem Complexo de Alemão sogenannte *plenárias populares de favela*. Zu diesen Ortsversammlungen kamen überwiegend Jugendliche zusammen, »um über die jüngsten Proteste in Rio de Janeiro zu debattieren und darüber nachzudenken, welche Rolle die Favela in der gegenwärtigen Situation spielen könnte« (ebd.: 160). Diskutiert wurden neben stadtentwicklungspolitischen Fragen etwa zu Favela-Effekten der Megaevents und großen Urbanisierungsvorhaben auch Themen wie einzufordernde Rechte auf sexuelle oder religiöse Diversität. Das Kollektiv beschränkte seine Blockaden, Märsche und Debatten, die noch während der Fußballweltmeisterschaft 2014 anhielten, nicht auf die Favelas, sondern weitete sie auf wohlhabende urbane Areale aus. Beispielsweise besetzten seine Mitglieder symbolisch den berühmten Copacabana-Strand, um gegen das notorische bürgerliche Stigma zu protestieren, auf dessen Grundlage sich dort tummelnde Favela-Jugendliche seit Jahrzehnten kriminalisiert und ins Visier polizeilicher Willkürakte gerückt wurden.

Im Verlauf dieser *Ocupa-Alemão*-Aktionen entstand ein fast lyrisches Manifest. Beginnend mit den Worten »wir wollen nicht nur die Polizei, wer mich unterdrückt ist der Bandit in Uniform«, fordert es gleichwertige Rechte (»wir wollen wie Bürger:innen der Südzone respektiert werden«), staatliche Fürsorge (»Schutz, Nicht-Diskriminierung, [...], sanitäre Grundversorgung, [...], Bildung«) sowie eine »echte Gemeindepolizei, die den Frieden garantiert«. Es endet mit dem apodiktischen Aufruf »wir wollen mehr Freiheit« (ebd.: 163f.).

Die emblematische Favela-Aktivistin des frühen 21. Jahrhunderts ist die am 14. März 2018 gemeinsam mit ihrem Fahrer Anderson Gomes von ehemaligen Militärpolizisten mutmaßlich im Auftrag von Milizen erschossene Marielle Franco. Sie steht paradigmatisch für die aktuellen Kämpfe nicht nur der Favela im Allgemeinen, sondern ihrer als Frauen, als Schwarze und als Queere am schärfsten unterdrückten Gruppen im Besonderen. Zugleich verkörpert ihr Lebenslauf die potentiellen Aufstiegschancen, die der jahrzehntelangen Selbstermächtigung der in der Favela lebenden Menschen ebenso folgen wie der politischen und sozialen Öffnung, die die sozialdemokratische Regierung zwischen 2003 und 2016 zugunsten der am stärksten marginalisierten Gruppen vorangetrieben hat. Auf deren Kehrseite allerdings offenbaren die Gewalterfahrungen und schließlich die Ermordung von Marielle Franco die nicht enden wollende und sich gegen Ende der 2010er Jahre wieder dramatisch verschärfende Gewalt- und Willkürherrschaft über die Favela und dort primär über jene, die sich mit lauter Stimme dagegen zur Wehr setzen.

Marielle Franco wuchs als Tochter einer aus Brasiliens armem Nordosten nach Rio migrierten Familie im Complexo de Maré auf. Der seit seiner ersten Besiedlung in den 1940er Jahren auf über 130.000 Bewohner:innen angewachsene Favela-Komplex in der Zona Norte blickt auf eine selbstorganisierte Urbanisierung zu-

rück, die in jahrzehntelanger Eigenarbeit 400 Hektar Land in Straßen, Häuser und Basisinfrastrukturen verwandelt hat. Zugleich steht er für ein von Drogengangs, Milizen, Polizei und Militär besonders brutal umkämpftes urbanes Areal. Einen traurigen Höhepunkt stellt dabei der durch Panzer gestützte Einmarsch von Marinetruppen dar, der Maré im Jahr 2014 »befrieden« sollte. Er resultierte in einer 14-monatigen Besatzung durch das Militär, das dort nach eigenen Angaben »einen irregulären Krieg ohne Grenzen mit einem diffusen Feind« führte (Ministerio da Defesa, zit. in Rocha 2018: 278).

Bereits als Elfjährige musste Marielle Franco ihre Familie als ambulante Verkäuferin unterstützen, schon mit 19 war sie alleinerziehende Mutter. Erst die Option, an einer selbstorganisierten Abendschule teilnehmen zu können, ermöglichte ihr die Chance auf ein Studium. Solche Gemeinschaftsschulen bereiten bildungshungrige Favela-Jugendliche meist jahrelang auf Aufnahmeprüfungen der Universitäten vor. Denn weil deren Besuch noch immer als Exklusivrecht der Bourgeoisie gilt, bilden die dysfunktionalen regulären Schulen der Favelas nicht dafür aus, diese Tests zu bestehen.

Franco schloss ihr Soziologiestudium, das sie mit einem Stipendium absolvieren konnte, mit einer Masterarbeit über staatliche Sicherheitspolitiken in den Favelas ab: »Mit dem »Krieg gegen den Drogenhandel«, so argumentiert sie darin mit Loïc Wacquants Konzept des strafenden Staates, »wird der Krieg gegen die populären Räume legitimiert, welcher die militaristischen Übergriffe rechtfertigt, die permanent das Blut der Bewohnerschaft der Favela vergießen und Todesstrafen außerhalb der Institutionalität des Rechtsstaates verhängen« (Franco 2014: 74). Die Studie, so urteilte ihre Gutachterin Lia Rocha (2018: 278), zeige »die Notwendigkeit, die Militärpolizei zu entmilitarisieren und die Polizeien für die Beteiligung der Zivilgesellschaft« inklusive der aus dieser Debatte systematisch ausgeschlossenen »*favelados*« zu öffnen.

Für die mörderischen Militär- und Polizei-Interventionen in der Favela machte Franco die Abwesenheit rechtstaatlicher Strukturen verantwortlich, die den dort Lebenden ein gleiches Recht auf die Stadt vorenthielten. Der Tod einer Freundin bei einem Schusswechsel hatte sie für Menschenrechtsfragen politisiert. Sie arbeitete lange für den damaligen Landtagsabgeordneten Marcelo Freixo von der *Partido Socialismo e Liberdade* (PSOL; dt. Partei Sozialismus und Freiheit), einer linken Abspaltung der PT. Freixo verlor 2016 im zweiten Wahlgang Rios Bürgermeisterchaftswahl gegen den rechtskonservativen Marcelo Crivella, der zugleich Bischof der mächtigen Pfingstkirche *Igreja Universal de Reino do Deus* war. In der gleichen Wahl kandidierte Marielle Franco für den Stadtrat und gewann – mit einer der höchsten Stimmenzahlen in Brasilien – als einzige afrobrasilianische Frau ein Mandat. Als alleinerziehende Mutter, Schwarze und offen lesbische Frau aus der Favela kämpfte sie gegen Polizeigewalt und eine militarisierte urbane Sicherheitspolitik ebenso wie gegen sexistische, rassistische und LGBTQ-feindliche Unterdrück-

ckungsverhältnisse. Im Stadtparlament führte sie den Vorsitz der Kommission zur Verteidigung der Frauen und brachte dieses Thema in Gesetzgebungsdebatten ein. Auf ihre Investigation hin klagte die PSOL gegen mehrere Korruptionsvorhaben, »die sowohl mit der Mafia, die das öffentliche Verkehrssystem kontrolliert, als auch mit Auftragnehmern« von Bauvorhaben für die Megaevents in Verbindung standen (Rocha 2018: 277).

Francos wichtigste Bedeutung für die politische Repräsentation der Favela liegt darin, dass sie als Schwarze Bewohnerin mit einer radikalen menschenrechtlichen Agenda den Sprung aus den urbanen Bewegungen in die Parlamente schaffte. Zudem steht sie für eine Selbstermächtigung derer, die von konservativen Bewohner:innen und von paternalistischen männlichen Ortspräsidenten auch innerhalb der Favelas unterdrückt werden. Mit ihrem Einsatz für die Geltung kodifizierter Rechte in den vormals irregulären Stadtteilen distanzierte sich Franco von jeglichem Klientelismus.

Ihre Ermordung, die selbst die Staatsanwaltschaft als Attentat gegen den Machtzuwachs ihrer politischen Positionen deutete, trieb Abertausend Protestierende auf Rios Straßen. An zahllosen Fassaden brachten sie Francos Konterfei mit dem Slogan *Marielle presente* (dt. gegenwärtig) an. Sie machten die »afrobrasilianische Stadträtin bis über die Landesgrenzen zu einem Symbol des schwarzen [sic!], weiblichen Widerstands aus der Favela«, so formulierte es selbst die rechtslastige *Neue Zürcher Zeitung* (12.03.2019) zu ihrem ersten Todestag. Kurz davor hatte die berühmte Sambaschule der Mangueira den jährlichen Karnevalswettbewerb mit einer Parade gewonnen, die die Versklavung und Unterdrückung der Schwarzen Menschen bis hin zum Mord an Marielle Franco thematisierte. Nach diesem verdreifachten sich in Brasiliens Parlamentswahlen von 2018 die bis dahin extrem seltenen Kandidaturen von Schwarzen Favela-Bewohnerinnen. Dass dadurch mehrere ihrer Weggefährtinnen in das Landes- und das Bundesparlament einzogen, gilt als politischer »Marielle-Effekt«.

3.4 Das Regieren der Favela im Zeitalter der Megaevents

»Wenn es bei der Olympiade darum geht, die Stadt zu verändern, ein Vermächtnis zu hinterlassen, das Leben der Menschen zu verändern, dann musste sie nach Rio kommen [...]. Die Stadt wird sich sehr verändern und die meisten Dinge werden geschehen, weil wir die Olympiade haben. Ich nutze die Olympiade jetzt für alles [...]». »Bevor wir die Spiele hatten, hätten wir alles machen können, aber nicht müssen. Jetzt müssen wir, weil wir die Spiele haben, das ist also eine fantastische Entschuldigung.« (Eduardo Paes zit. in: Carneiro 2012: o.S.)

Mit diesen Worten offenbarte der liberal-konservative Eduardo Paes, der Anfang 2009 als Bürgermeister von Rio de Janeiro antrat, in einem BBC-Interview im März 2012 die Instrumentalisierung der Olympischen Spiele für ein Programm, das in Rio die weltweit dominante Konzeption von Stadt als einem global konkurrierenden Unternehmen durchsetzen sollte. Auf eine autoritäre Weise setzte seine Administration einen großmaßstäblichen Stadtumbau in Partnerschaften der öffentlichen Hand mit dem Finanz- und Immobilienkapital in Gang. Im Folgenden analysiere ich die Effekte dieser Stadtentwicklungsstrategie der Großevents und Law-and-Order-Politiken auf das soziale Gefüge und die Regierungsformen der Favelas.

»*Cidade de exceção*«: die Stadt des Ausnahmezustands

Als »*cidade de exceção*« bezeichnete der Stadtforscher Carlos Vainer (2011) die im Vorfeld der Megaevents etablierte politisch-urbane Konfiguration in Rio de Janeiro. Den Ausnahmezustand (port.: *estado de exceção*) definierte er mit Giorgio Agamben (2004) als teilweise oder vollständige Suspendierung der Normen- und Rechtsordnung. Die Stadtentwicklung der Großereignisse, so Vainer (2011: 1), habe die urbanen Machtverhältnisse zugunsten einer »Direktdemokratie des Kapitals« restrukturiert. Ihren Ursprung erkennt er im *Plano Estratégico da Cidade do Rio de Janeiro*, der 1995 mit den eher demokratisierenden urbanen Strategien nach dem Ende der Militärdiktatur gebrochen hatte (vgl. Compans 2005). Entwickelt hatte diesen urbanen Strategieplan eine Koalition aus Stadtverwaltung, Handelskammer (*Associação Comercial*) und Unternehmensverband (*Federação das Indústrias*), die der katalanische Urbanist Jordi Borja beraten hatte, der als *mastermind* von Barcelonas Stadtumbau im Zuge der Olympiade von 1992 galt. Um die von Deindustrialisierung und Gewaltkriminalität gespeiste Krise der Stadt zu überwinden, sah der Plan vor, eine unternehmerische Stadtentwicklungsstrategie mit einer Law-and-Order-Politik zu kombinieren und durch ein Olympia-Event zu implementieren. Er begründete Rio de Janeiros gescheiterte Bewerbung für Olympia 2004 ebenso wie die schließlich erfolgreiche für 2016 (Oliveira 2012).

Für die Großvorhaben der Stadtentwicklung, die nach dem Zuschlag für die Spiele ab Oktober 2009 angeschoben wurden, entwickelte die Präfektur flexible Planungsverfahren und Organisationsmodelle, die faktisch von einigen Konzernen gesteuert wurden. Dafür steht insbesondere das *Waterfront*-Projekt *Porto Maravilha*, das drei historische Hafenviertel mit 28.000 Bewohner:innen in ein Areal mit bis zu 150 Meter hohen Wohn- und Bürotürmen sowie großmaßstäblichen Verkehrs-, Kultur- und Tourismusinfrastrukturen verwandeln sollte. Eine öffentliche Kontrolle dieser Planungen wurde als Behinderung ihrer Effizienz delegitimiert. Im Zuge von *Porto Maravilha* ging die komplette Verwaltung der drei Stadtviertel, darunter der Morro da Providência als Rios ältester Favela, durch eine Sondergesetzgebung auf das von drei Baukonzernen gebildete Konsortium *Concessionária Porto Novo* über.

Von den ungefähr 2000 Wohnhäusern des Morro da Providência sollten 832 abgerissen werden. Obwohl der gesetzliche Stadtentwicklungsplan (*Plano Diretor*) dies untersagte und Baumaßnahmen in dieser »Zone des speziellen sozialen Interesses« nur mit einer Partizipation der Betroffenen erlaubt waren, schalteten die *urban developer* jegliche Mitbestimmung aus. Enteignungen und Zwangsräumungen setzten drastische Verdrängungsprozesse einkommensschwacher Milieus in Gang. Ungehört blieb auch das *Fórum Comunitário do Porto* als Zusammenschluss von Ortsansässigen, kritischen Intellektuellen und NGOs (Hilf 2012).

Die eingesetzten Public-private-Partnership-Modelle zentralisierten die politische Macht bei wenigen Akteuren der Stadtregierung und der Privatwirtschaft und schalteten demokratische Entscheidungs- und Kontrollprozesse aus. So wurde der gesamte *Plano Olímpico* nie offiziell verabschiedet. Wie im Ausnahmezustand, so zeigt Vainer (2011), wurde diese Entdemokratisierung mit der Notwendigkeit legitimiert, besondere Maßnahmen zu benötigen, um eine fundamentale Krise der Stadt zu beheben. Dekrete, Sondergesetze und Desinformationsstrategien untergruben systematisch die legale Ordnung. Viele Bewohner:innen von Favelas, die den Megaevent-Planungen im Wege standen, wurden illegaler Weise und unter Verletzung ihrer sozialen Rechte enteignet und zwangsumgesiedelt (vgl. Comitê Popular 2013).

Beispielsweise enteigneten die Behörden für das den Flughafen mit der Innenstadt und den olympischen Zonen im Stadtwesten verbindende *Bus-Rapid-Transit*-System (BRT) ca. 2000 Favela-Häuser. Die gezahlten Entschädigungen waren viel zu niedrig und mussten oft gerichtlich gegen die Stadtregierung eingeklagt werden (Medeiros 2013). Die über 30 Jahre alte Siedlung Metrô-Mangueira musste dagegen dem Bau von Parkplätzen am Maracanã-Stadion weichen. Viele der Ersatzwohnungen für die 566 enteigneten Familien lagen mehr als 40 Kilometer entfernt am Stadtrand, obwohl das nationale Statut-der-Städte-Gesetz aus dem Jahr 2001 derart weit vom Wohnort entfernte Umsiedlungen untersagt (Comitê Popular 2013).

Die Stadtentwicklung der Megaevents manifestierte sich in Form von drei Projekttypen, die den urbanen Raum im großen Maßstab restrukturiert haben: Zum ersten wurden von marginalisierten Gruppen und irregulären Ökonomien besiedelte Zonen mit Blick auf den globalen Standortwettbewerb ökonomisch in Wert gesetzt und die dort ansässigen Nutzer:innen verdrängt. Zum zweiten dehnten große Verkehrsvorhaben wie das Schnellbussystem BRT oder einige Seilbahnsysteme zur Erschließung von Favelas die metropolitane Zone auf urbane Peripherien aus, die bisher mit dem öffentlichen Personennahverkehr schwer erreichbar gewesen waren. Ein dritter Projekttypus folgte dem Ziel, die sozialräumliche Integration der Stadt zu verbessern: Hierunter fallen Rio de Janeiros bis dahin größtes Favela-Urbanisierungsprogramm *Morar Carioca* und das nationale Programm *Minha Casa Minha Vida*, das einen subventionierten Massenwohnungsbau für Einkom-

menesschwache vorsah, in Rio aber für die Olympia-Planungen instrumentalisiert wurde (zu beiden siehe Kap. 3.5).

Der neben den Bauvorhaben zweite Pfeiler der Stadtpolitik der großen Ereignisse zielte auf die Herstellung von Law and Order (vgl. Souza 2012). Bezeichnenderweise ging es dabei nicht um die alle Staatsapparate durchziehende Kultur der Korruption oder die kriminell operierenden Polizeiparadigmen. Vielmehr sollte ein »*Choque de Ordem*« (dt. Ordnungsschock) genanntes Zero-Tolerance-Programm »urbane Unordnungen« beseitigen, die basierend auf dem *Broken-Windows*-Ideologem als Kriminalitätsherde gedeutet wurden. Die Stadtoberen ließen sich hier von Rudolf Giuliani beraten, der als ehemaliger New Yorker Bürgermeister weltweit für eine solche Politik stand (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999).

Die »Ordnungsschocks« hatte Eduardo Paes als zentrales Projekt seiner ersten Amtszeit angekündigt. Er gründete mit der *Secretaria Municipal de Ordem Pública* ein Ordnungsamt, dessen 8000 Bedienstete in wohlhabenden, bürgerlichen und touristischen Stadtvierteln alle als abweichend, ordnungswidrig oder illegal definierten Alltagspraktiken rigoros unterbinden sollten (Köckritz 2010). Neben Ordnungswidrigkeiten wie Falschparken verfolgten sie existenzsichernde Ökonomien wie fliegenden Handel, Essensverkauf oder irreguläre Parkplatzbewachung. Sie räumten von Armen besetzte Gebäude in der Hafenzonen (vgl. Souza 2012) und unterbanden im öffentlichen Raum einen dauerhaften Aufenthalt von Obdachlosen und Straßenkindern, die sie in abgelegene Zonen verdrängten oder in Heime verbrachten.

Choque de Ordem implementierte in Rio eine Politik, die in US-amerikanischen und europäischen Städten bereits in den 1990er Jahren als »urbaner Revanchismus« (Smith 1996) und als »Kriminalisierung von Armut« (Bauman 1998, Wacquant 2001) analysiert worden war. Auch dort hatte eine unternehmerische Stadtpolitik die Repression gegen normabweichende Gruppen und Praktiken verschärft (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999). Mit Aussagen wie »die Menschen müssen lernen, ihre Grenzen zu akzeptieren« (zit. in Köckritz 2010), demonstrierte Eduardo Paes, dass er nicht nur das Stadtbild säubern, sondern die adressierten Milieus umerziehen und der willkürlichen Imagination einer ordentlichen Weltmetropole unterwerfen wollte. Letztlich fokussierte diese Politik die Favela-Bevölkerung wieder einmal als zu zivilisierende Untertanen.

Allerdings bestand der zweite Pfeiler der Law-and-Order-Politik in einer auf den ersten Blick dazu gegensätzlich erscheinenden *Policing*-Strategie in der Favela. In expliziter Abkehr von der gewalttätigen Interventionslogik der Militärpolizei gründeten Landes- und Stadtregierung die *Unidade de Polícia Pacificadora* (UPP; dt. befriedende Polizeieinheit) unter dem Label des *community policing*. Ihr Auftrag lautete, die territoriale Herrschaft der Drogengangs und die militärische Logik des »Krieges gegen die Drogen« zu beseitigen.

Die Strategie der »Befriedungspolizei«: Erfolge, Irrungen und verborgene Agenden der UPP

Die Einführung der »befriedenden Polizeieinheit« weichte 2009 den brutalen Krieg gegen die Drogen, dem seit den 1990er Jahren allein durch Polizeikugeln durchschnittlich 1000 Menschen pro Jahr zum Opfer gefallen waren, nennenswert auf. Die neuartige Strategie sollte die Stadt sicherheitspolitisch auf die Fußballweltmeisterschaft der Männer 2014 und auf die Olympischen Spiele 2016 vorbereiten. Denn die bürgerkriegsartigen Kämpfe zwischen Drogengangs und Polizeitrupps hatten Rios Image an notorische Gewaltkriminalität gekoppelt und galten als größtes Risiko für eine Stadtentwicklung der Megaevents. Der für die UPP verantwortliche Oberst der Militärpolizei Robson Rodrigues bekannte, dass es »tatsächlich die Olympischen Spiele sind, die unsere Auswahl [der UPP-Gebiete, SL] diktieren. Ich würde sogar sagen, ohne dieses Ereignis hätte es die Befriedungsstrategie niemals gegeben.« (zit. in Comitê Popular 2013: 82)

Offiziell zielten das Programm und die Befriedungspolizei als eine Spezialeinheit der Militärpolizei des Bundesstaates Rio de Janeiro darauf, die staatliche Kontrolle über die von kriminellen Organisationen beherrschten urbanen Territorien »zurückzugewinnen« und die dort notorischen bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden. Letztlich lag das zentrale Versprechen darin, den waffenstarken Drogenkomplex endgültig zu besiegen. Die UPP, so das Decreto n° 42.787 vom 06.01.2011, sollte »der örtlichen Bevölkerung den öffentlichen Frieden und die Ruhe zurückgeben, die für die Ausübung der vollen Bürgerschaft erforderlich sind und sowohl die soziale als auch die wirtschaftliche Entwicklung garantiert« (Art. 1, § 2b). Die Behörden kündigten zudem an, befriedete Favelas vollständig zu formalisieren und mit allen öffentlichen Diensten zu versehen.

Die Webseite der UPP verlautete ein *community policing* als »Partnerschaft zwischen der Bevölkerung und den Institutionen der öffentlichen Sicherheit« mit einer »Emphase auf den Menschenrechten« (zit. in Rocha/Carvalho 2018: 910). Sicherheitsminister Beltrame versprach ferner eine die Polizei-Intervention begleitende Sozial-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik mit dem Ziel, die Favelas vollständig in das urbane Gewebe zu integrieren. Für begleitende Sozialmaßnahmen entstand die *UPP Social*, für den Städtebau initiierte der Bürgermeister das *Kommunale Programm zur Integration der prekären informellen Siedlungen*, kurz *Morar Carioca*. Es versprach eine »vollständige und endgültige urbane und soziale Integration aller Favelas von Rio bis zum Jahr 2020« (Tavares 2016: 111).

Die über mehrere Jahre hinweg erfolgte Implementation der 38 UPP-Stationen in »armen Gemeinschaften« mit »niedriger Institutionalität« und einem »hohen Grad an Informalität« (zit. in ebd.) verlief in zwei Phasen. Zunächst marschieren kriegsbewaffnete Spezialeinheiten (BOPE) der Militärpolizei teilweise mit militärischer Unterstützung in die ausgewählten Favelas ein, um die Mitglieder der

herrschenen Drogengangs zu verhaften oder zu vertreiben. Galt die okkupierte Favela danach als stabil, installierten sich die UPP-Trupps mit einer »Philosophie der Nachbarschaftspolizei« (Cano u.a. 2012: 23ff.). Diese Umkehrung der für die meisten Polizeioffer verantwortlichen Strategie der BOPE, nur temporär und immer mit Gewalt in Gang-beherrschte Favelas einzumarschieren, sollte die urbane Sicherheitspolitik demilitarisieren.

Drei Jahre nach seiner Implementation evaluierten die Soziologen Cano, Borges und Ribeiro (2012) die Effekte des Programms erstmals und zogen ein zwar ambivalentes, insgesamt aber positives Fazit: Sie schrieben der UPP das Potenzial zu, die vom »Krieg gegen die Drogen« gefütterte Gewaltspirale durchbrechen und in den Favelas neue rechtstaatliche Regulationsformen erproben zu können. Diese Hoffnung gründeten sie auf den beobachteten Wandel der Gewaltverhältnisse. So waren die kriegesischen Konflikte in den UPP-Territorien zum Stillstand gekommen und die davor exorbitante Todesquote bei Polizeieinsätzen sowie die Zahl von tödlichen Gewaltdelikten auf nahe Null gesunken. Zudem hatte sich das Favela-Stigma im öffentlichen Diskurs aufgeweicht. Ein Großteil der Ortsansässigen bewertete das vorläufige Ende der tödlichen Gewalt und der permanenten Angst davor positiv. Die früher virulente Kultur der Angst verwandelte sich tendenziell in ein soziales Klima, in dem sich die »Menschen danach fühlen, ihren Standpunkt zu vertreten, auch wenn sie dem Projekt kritisch gegenüberstehen« (ebd.: 197) – eine Freiheit, deren Ausübung unter dem Diktat der Drogenkommandos potentiell lebensgefährlich gewesen war. Viele der befriedeten Favelas erlebten einen Gründungsboom von Geschäften aller Art, ihre damals circa 133.000 Bewohner:innen (Stand 2012) profitierten auf dem Arbeitsmarkt von privaten Investitionen, formalisierten Dienstleistungen oder öffentlichen Jobprogrammen.

Allerdings wiesen diese positiven Effekte eine hohe Selektivität im doppelten Sinne auf. Zum einen folgte die Auswahl der Favelas, in denen UPP-Trupps installiert wurden, ihrer strategischen Bedeutung für die internationale Außenwirkung und die Fähigkeit der Stadt, störungsfreie Megaevents zu gewährleisten: Es waren Areale, die als besonders gewaltbelastet galten und in der reichen Strandzone oder in der Nähe von Stadien und wichtigen Verkehrskorridoren lagen (vgl. Machado da Silva 2010, Banco Mundial 2013, Lacerda/Brulon 2013). Offenkundig lag die primäre Funktion der UPP darin, eine Art Cordon sanitaire zu schaffen, um in mehreren Zonen die Kernstadt, die touristischen und wohlhabenden Viertel sowie die für die Megaevents essentiellen Infrastrukturen und Verkehrsadern von urbanen Gewaltverhältnissen abzuschotten. Diese verschärften sich infolgedessen an den geographischen Peripherien der Metropolregion.

Zum anderen wirkte die UPP sehr unterschiedlich auf die pazifisierten Favelas ein und hatte für verschiedene Gruppen gegensätzliche Effekte. Das Auftreten der Polizeikräfte gegenüber den Ortsansässigen wies große Diskrepanzen auf. Viele ihrer Kommandierenden gerieten sich als den Drogenbossen nachfolgende

»Herrscher über die Hügel« (i.O. *donos do morro*; so betitelten Cano, Borges und Ribeiro [2012] bezeichnenderweise ihre UPP-Studie) und verstanden ihre Aufgabe als Law-and-Order-Operation mit Zivilisierungsmission. Die institutionelle Crux lag hier darin, dass die UPP zwar als *community policing* angepriesen worden war, faktisch aber einer zentralisierten militärpolizeilichen Logik unterlag, die autoritär von oben nach unten sowie von außen (Zentralstaat) nach innen (Community) durchgesetzt wurde und gegenüber Bedürfnissen der Ortsansässigen weitgehend ignorant blieb (ebd.: 194). Kaum zufällig erfuhr die Strategie, Konflikte zu befrieden anstatt mit hohem Gewalteininsatz Kriminelle zu jagen, innerhalb der Militärpolizei besonders wenig Zuspruch. Zu sehr widersprach eine Polizeiarbeit, die im urbanen Alltag der als Feindgebiete internalisierten Favelas stattfand, dem Selbstverständnis der Militärpolizeikräfte, als Soldat:innen im urbanen (Drogen-)Krieg zu dienen (ebd.).

Generell verblieben Praxis und Rhetorik der »Befriedung« innerhalb einer Logik des Krieges und etablierten lediglich eine neue Konjunktur der Debatte um die öffentliche Ordnung (Machado da Silva 2015: 15). Viele Bewohner:innen nahmen schon die Besetzung ihrer Territorien durch die BOPE als feindliche Okkupation wahr. Ostentativ demonstrierte diese mörderische Eliteeinheit ihr Selbstverständnis als siegende Kriegsmacht, indem sie ihre Totenkopf-Flagge in die Böden der frisch besetzten Favelas rammte (Cano u.a. 2012: 193). Gerade bei Jüngeren erweckte die schiere Dichte der »befriedenden« Polizeikräfte, die stets mit dem Finger am Abzug ihrer Maschinenpistole patrouillierten und sich in alle Alltagsbelange einmischten, den Eindruck, die Herrschaft der Gangs gegen einen Polizeistaat eingetauscht zu haben. Tatsächlich überstieg in pazifizierten Favelas die Anzahl der Militärpolizeikräfte pro Bewohner:in jene in der Gesamtstadt um das Achtfache (ebd.). Zugleich wurde die gepriesene Reduktion der Todesquote von Polizeieinsätzen durch einen rapiden Anstieg von spurlos Verschwundenen erkaufte.

Überwiegend sahen die UPP-Trupps ihre alltäglichen Aufgaben darin, kleinste Regelverstöße im Straßenverkehr, bei der Lautstärke von Musik oder bei informellen Wirtschafts- oder Bauaktivitäten zu unterbinden. Explizit versuchten sie in der Favela lebende Menschen zu regelkonformen Staatsbürger:innen zu erziehen. Mancherorts unterdrückten sie informellen Straßenhandel, so zeigt Wania Mesquita (2014: 686) für den Complexo do Alemão, da er nicht zum »Profil des »unternehmerischen *favelado*« passe, das »seit Ankunft der UPP im Fokus der Aktionen von staatlichen Organen, NGOs und Privatunternehmen lag«. Die Installation der UPP beherbergte nicht zuletzt das Ziel, die Favela durch eine »merkantile Rationalisierung« (ebd.) zu modernisieren und dafür informelle ökonomische Aktivitäten zu unterdrücken. Dies nahm mittellosen Ortsansässigen ihre Einkommen und entlarvte das offizielle Ziel, in den befriedeten Favelas auch die Armut bekämpfen zu wollen, als eine Lüge.

Das Ausbleiben von Einkommensoptionen, neue Wohnkosten, die als Steuern und Gebühren der nun formalisierten Versorgungsleistungen (Strom, Wasser) entstanden, sowie der Wegfall der in den Favelas investierten Gewinne aus dem profitablen Drogenhandel wuchsen sich für ärmere Bewohner:innen, die auf prekäre Jobs und informelle Ressourcen angewiesen waren, schnell zu existenziellen Problemen aus. Die heftigsten Empörungen lösten aber die repressiven Zugriffe der UPP auf den sozialen und kulturellen Alltag aus. Selbst private Feierlichkeiten, die traditionell im Freien stattfinden, mussten nun polizeilich angemeldet werden. Jugendliche wiederum revoltierten gegen das pauschale Verbot der als Gang-Events stigmatisierten Funkpartys. Sie verloren so ihre größten Wochenendvergnügungen, mit denen sich zudem Hunderte von Ortsansässigen ein existenzsicherndes Einkommen durch DJing oder Tanzen, durch assistierende Jobs oder den Verkauf von Lebensmitteln geschaffen hatten (vgl. Kap. 4.1). Ferner berichteten junge Männer immer wieder, bei abendlichen UPP-Patrouillen schikaniert, geschlagen und als Kriminelle adressiert zu werden (Magaloni u.a. 2020).

Allein die Tatsache, dass in Miliz-beherrschten Favelas keine UPP-Stationen installiert wurden, offenbart die hochgradig selektive staatliche Deutung der Gewaltfrage. So dehnte sich die Zahl der Siedlungen, die der Willkürherrschaft der polizeinahen Milizen unterlagen, schon in den ersten vier Programmjahren von circa 170 auf circa 300 aus (Tavares 2016).

***UPP Social* und die Ökonomisierung der Bürgerschaft**

Während der öffentliche UPP-Diskurs nur die Polizeiarbeit fokussierte, hatte Rios Sicherheitsminister Beltrame von Anfang an betont, dass die Polizei allein die Befriedungsziele nicht erreichen könne. Daher implementierte das Landesministerium für Soziales und Menschenrechte die mithilfe der UN-Habitat finanzierte *UPP Social*. Dieser »Post-Befriedungs-Agenda« kam die Aufgabe zu, die Favelas »in Stadt und Bürgerschaft hinein zu »integrieren« (Rocha/Carvalho 2018: 911): Die *UPP Social* sollte informell geregelte Handlungsfelder formalisieren, um »demokratische Legalität« herzustellen, Ortsansässige professionalisieren, die Wirtschaft fördern und Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Kultur und Freizeit schaffen, um die »menschliche Entwicklung« zu befördern. Ein als »Bürgerschaft und Zusammenleben« bezeichneter Schwerpunkt sah Dialogforen für bürgerschaftliches Handeln vor (vgl. Urani/Giambiagi 2011). Allerdings verkürzten die Teams der *UPP Social* diese Foren auf einmalige Veranstaltungen, auf denen Behörden sowie Strom-, Müll- und Wasserunternehmen in neu »befriedeten« Favelas verkündeten, nun die öffentliche Ordnung zu etablieren. Um vollständige Bürgerschaft und gleiche Rechte zu erhalten, so sie Botschaft, müssten die in der Favela lebenden Menschen ihre tief verwurzelte Kultur des Nichtbezahls von Rechnungen überwinden und sich in eine reguläre Kundschaft verwandeln (Rocha/Carvalho 2018: 916).

Spätestens als 2012 die Zuständigkeit für die *UPP Social* an Rios kommunale Finanzbehörde überging, etablierte sich ein unternehmerisches Verständnis von Bürgerschaft, Legalität und »produktiver Inklusion«. Betont wurde nun die Eigenverantwortung der Bewohnerschaft für die ökonomische und soziale Entwicklung der Favelas, während jene des Staates für die Gewährleistung gleichwertiger Infrastrukturen eine immer geringere Rolle spielte. Die *UPP Social* sollte einen »unternehmerischen Geist« fördern, vorhandene Organisationen ökonomisch »professionalisieren«, einen »Markt für soziale Projekte« schaffen und »kreative *favelados*« (ebd.: 915ff.) etablieren. Gemeinsam mit Privatunternehmen aufgelegte Fonds förderten die Ökonomisierung lokaler Initiativen und stellten für prämierte »Starterprojekte« von Jugendlichen »Inkubationskapital« bereit. »Ein Beispiel ist das Coca-Cola-Kollektiv. Das von Coca-Cola in allen befriedeten Gebieten geförderte und in Partnerschaft mit lokalen NGOs und der *UPP Social* angenommene Programm bietet unter anderem eine auf Unternehmertum ausgerichtete Ausbildung und Kurse zum Thema Verkauf (Management, Ausbildung, Beratung usw.) für junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren« (Banco Mundial 2013: 103). »Jedes große multinationale und regionale Unternehmen«, so dieses Weltbank-Dossier zur UPP, »engagiert sich in befriedeten Favelas, denn die Befriedung eröffnet neue Verbrauchermärkte und bietet ein Potenzial, mithilfe von Ausbildungsinitiativen Humankapital für boomende Branchen zu rekrutieren« (ebd.: 104).

Parallel zu den Normalisierungs- und Disziplinierungsimperativen der »befriedenden« Polizeieinheit etablierte die *UPP Social* also ein neoliberales Regime des Regierens von Armut, das die Begriffe Bürgerschaft, demokratische Legalität oder produktive Inklusion vollständig ökonomisierte. Die Adressierung ihrer Zielgruppen als individuelle »Arbeitskraftunternehmer:innen« geriet »in relativ kurzer Zeit zur Hauptstrategie der sozialen Integration der UPP und ersetzte die ursprüngliche Formulierung, die die »Befriedung« als das Versprechen einer »echten« Integration der Favelas in die formelle Stadt dargestellt hatte« (Rocha/Carvalho 2018: 920).

Selbst diese Aktivitäten der *UPP Social* wurden allerdings 2014 eingestellt. Ebenso versiegten die privatwirtschaftlichen Initiativen nach und nach. Leonarda Msumeci (2017: 47) argumentiert in ihrer Studie über die Erwartungen der Ortsansässigen gegenüber der UPP, dass die Politik mit dem »Fiasko der *UPP Social*« auf die »konzertierte Aktion der öffentlichen Hand zur Verbesserung von Infrastrukturen und Dienstleistungen« als eines der beiden Standbeine der Befriedungsstrategie verzichtet habe. Dies geschah, obwohl die politisch dafür Verantwortlichen von Anfang an bekundet hätten, dass das Programm keinen nachhaltigen Erfolg erzielen könne, wenn sich die staatlichen Aktionen auf die polizeiliche Besetzung der Favelas beschränkten. Selbst die UPP-Truppen hatten sich öffentlich beschwert, dass das Ausbleiben der versprochenen sozialen und infrastrukturellen Investitionen ihre Arbeit beschädige (vgl. Menezes/Correa 2017).

Zwar sei die *UPP Social* gescheitert, so argumentieren Rocha und Carvalho (2018) zu Recht, aber ihre Marktlogik von Bürgerschaft, die nur zahlende Kund:innen und unternehmerisch Handelnde als vollwertige Bürger:innen anerkenne, werde andauernde Effekte zeitigen: »Die Verwandlung des *favelado* in einen neuen Menschen, der nun in den formellen Markt einbezogen ist, wird ein Zivilisierungsprojekt für diese Gebiete bleiben – und sie aktualisiert das 100-jährige Modell der Vormundschaft für diese Bevölkerung.« (ebd.: 920)

Nicht zuletzt kommodifizierte die Befriedung den sozialen Raum der Favela und verteuerte das Leben dort erheblich. In Strandnähe und anderen nachgefragten Lagen explodierten die Immobilienpreise in Favelas und in benachbarten Vierteln oft innerhalb weniger Wochen nach einer polizeilichen Befriedungsintervention. Rios überhitzter vorolympischer Immobilienmarkt beförderte in den Favelas der schicken Südzone regelrechte Gentrifizierungsprozesse (vgl. Matting 2014). So stieg in Folge der »Befriedung« der Bodenpreis in der nahe dem Upperclass-Viertel Leblon gelegenen Favela Vidigal um fast 500 Prozent. Sie galt nun höheren Einkommensgruppen und Kulturproduzierenden sowie dem Handels- und Tourismusgewerbe als attraktiv (Castro u.a. 2015: 416).

In solchen Favelas begann sich zudem ein von der Anthropologin Bianca Freire-Medeiros (2008) als »*gazing at the poor*« bezeichneter Slum-Tourismus zu etablieren. Agenturen, die Tourist:innen in befriedete Strandzonen-Favelas führten, sprossen aus dem Boden und es entstanden dort erste Restaurants und Handwerksbetriebe, die sich an touristische Geldbeutel richteten, sowie einzelne Hostels und Pensionen. Mehrheitlich, so zeigt eine Studie (Freire-Medeiros/Vilarouca/Menezes 2013), befürworteten die Ortsansässigen diese für sie neuen Einkommensoptionen und die Begegnung mit Fremden. Das Favela-Bild der oft als »Voyeuere im Armutszoo« verunglimpften »Slum-Tourist:innen« scheint sich durch deren Besuch deutlich ins Positive verschoben zu haben: »Diese Beobachtung wird von Community-Mitgliedern sehr gerne gesehen, die in Tiefeninterviews ausgesagt haben, dass die touristischen Besuche in die Favela dazu verhelfen, die durch Medien produzierten Stigmen zu reduzieren und umzukehren.« (ebd.: 158) Diese Bewertung fiel sicherlich auch deshalb so positiv aus, weil sich die mit einer Touristifizierung urbaner Räume einhergehenden Schattenseiten in der kurzen Zeitspanne der für den Favela-Tourismus existenziellen »Befriedung« kaum entfalten konnten.

Krise und Ende der Befriedungsstrategie: die Remilitarisierung der Sicherheitspolitik

Das Jahr 2013 bezeichnete der Soziologe Araujo Monteiro (2015) als Wasserscheide bezogen auf die Wahrnehmung der Befriedungspolizei durch die Bewohnerschaft der Favela und im öffentlichen Diskurs, der sich bis dahin weitgehend konsensual hinter dem Programm versammelt hatte (Menezes/Correa 2017). Allerdings hatte in

den pazifizierten Favelas schon in den ersten Programmjahren die Einschätzung überwogen, dass die UPP, sei es im Guten oder im Schlechten, kaum relevante Wirkungen erkennen lasse (vgl. Musumeci 2017). Diese mehrheitlich gleichgültige Haltung der betroffenen Bevölkerung, die den offiziellen UPP-Hype schon in den Anfangsjahren kontrastierte, wurde weder in den Medien noch in der Politik thematisiert.

Angesichts der zunehmend repressiven Normalisierungs- und Disziplinierungspraxis sowie der voranschreitenden Abnutzungerscheinungen kippte die Bewertung der UPP nach 2013 innerhalb wie außerhalb der Favelas ins Negative. Besonders groß war die öffentliche Empörung, als eine Befriedungseinheit in der Rocinha den unbescholtenen Maurer Amarildo de Souza verschwinden ließ. Unter dem Hashtag *#CadêoAmarildo?* (dt. *#WoistAmarildo?*) forderte eine breitgestreute Kampagne, sein Verschwinden zu untersuchen. Obwohl seine Leiche nie gefunden wurde, erzwang ein massiver öffentlicher Druck schließlich polizeiliche Ermittlungen, die das lokale UPP-Kommando des Mordes beschuldigten (Araujo de Souza 2016: 162).

Zu dieser Zeit begannen bewaffnete Territorialkonflikte zwischen den Gangs und den UPP-Trupps sowie die Anzahl tödlicher Opfer in den größeren der ›befriedeten‹ Favelas wieder zu steigen. Ebenso kehrten gewalttätige Übergriffe der Polizei auf Unbescholtene in den Alltag zurück. Im öffentlichen Diskurs breitete sich die Redeweise von einer Rückkehr des *tráfico* und der lebensgefährlichen Schießereien aus (Menezes/Correa 2017). Nicht zuletzt die von Beginn an gewaltsam umkämpfte ›Befriedung‹ des als *Comando-Vermelho*-Hochburg geltenden Complexo do Alemão offenbarte, dass die UPP ihr Versprechen, die Gewaltherrschaft dauerhaft zu besiegen, nicht würde einlösen können. Ihre Wahrnehmung war in großen Favelas wie der Rocinha, wo 2016 in einer repräsentativen Studie nur ein gutes Viertel der lokalen Bevölkerung für ihr Bleiben plädierte, besonders negativ (Magaloni u.a. 2020). Oppositionelle gründeten gar eine Initiative namens *UPP, 5 Jahre sind genug* (i.O. *UPP, 5 anos basta*) mit den stichhaltigen Argumenten, die Befriedung militarisiere die Favelas, öffne sie für (Immobilien-)Märkte und eine neoliberale Stadtentwicklung und verdränge die Kriminalität an andere Orte (Menezes/Correa 2017).

Die Anthropologin Marcia Leite resümierte aus diversen Studien über die UPP schon 2014, dass die ›Befriedung‹ weit über das offizielle Ziel hinausgeschossen sei, die Favelas einer rechtstaatlichen Kontrolle zu unterwerfen und die Gewaltherrschaft des Drogenkomplexes zu beenden. Nicht anders als die Interventionsprogramme früherer Jahrzehnte habe ihre paternalistische und erzieherische Praxis die gesamte Bewohnerschaft der als asozial und kriminell stigmatisierten Favelas zu ›zivilisieren‹ versucht. Die Befriedungspolizei, so urteilte eine repräsentative Mehrheit von Befragten, habe keinerlei Fortschritte bezogen auf eine stereotypisierende Polizeikultur gemacht, die Jugendliche, Schwarze Menschen, Männer und generell die Bewohnerschaft der ärmsten Siedlungen systematisch diskriminiere,

als Verdächtige behandle und in letzter Instanz Gewalt gegen sie ausübe (Musumeci 2017: 45f.).

Letztlich, so argumentieren Rocha und Carvalho (2018: 919) zu Recht, versuchte die Befriedungsstrategie in der Favela eine neue Lebensweise zu etablieren. Sie militarisierte ihre Territorien, etablierte eine soziale Kontrolle und spaltete ihre Bevölkerung. Involvierte Akteure des Staates, der Privatwirtschaft und der NGOs versuchten einen Teil der Bewohnerschaft durch Normalisierungspraktiken »produktiv« zu inkludieren. Der andere Teil, für den diese marktgesteuerte Inklusion keine Möglichkeit darstellte, wurde der Repression und im schlimmsten Fall der Vernichtung ausgesetzt oder aber verdrängt, weil er die erhöhten Wohnkosten der formalisierten Favela nicht bezahlen konnte. Im Ergebnis kann die Praxis der UPP als Versuch gedeutet werden, »diese Gebiete zu kolonisieren und die Bevölkerung zu zivilisieren, indem sie dort Dispositive der territorialen Ordnung und Normalisierung herstellt, die ›befriedete‹ Favelas als disziplinierte und ›integrierbare‹ Ränder zu rekonfigurieren suchen« (Leite 2014: 634).

Die nie überwundene Skepsis der betroffenen Bevölkerung gegenüber der UPP folgte nicht nur ihren als »Hass erfüllend« beschriebenen Erfahrungen mit der Polizei (Musumeci 2017: 75), sondern auch der Befürchtung, dass die Drogenkommandos wiederkehren und eine vorangegangene Kollaboration mit der Befriedungspolizei mit der Exekution bestrafen könnten. Von Beginn an hatten die *comunidades* wie auch der akademische Diskurs bezweifelt, dass die Befriedungsstrategie das Ende der Megaevents überleben werde (vgl. Misse 2019). Dies lag unter anderem an ihren exorbitanten Kosten. Allein 2014, als die Fußballweltmeisterschaft der Männer ausgetragen wurde, sollten die vorgesehenen 12.000 Polizeikräfte in 165 Favelas (jede UPP-Einheit war für mehrere Favelas zuständig) 720 Millionen Real, damals etwa 250 Millionen Euro kosten (Comitê Popular 2013: 80f.). Bis dahin wurde die UPP noch von privatwirtschaftlichen Konzernen gesponsert. So ließ der später insolvente Milliardär Eike Batista, der an diversen Stadtentwicklungsprojekten im Zuge der Megaevents beteiligt war, dafür jährlich 20 Millionen Real springen. Spätestens als noch vor den Olympischen Spielen der Haushaltsnotstand der Kommune und des Bundeslandes Rio de Janeiro publik wurde, galt die Abwicklung der UPP gemeinhin als Frage der Zeit.

2017 deutete der neue Sicherheitsminister von Rio, kaum zufällig ein ehemaliger BOPE-Offizier, das Befriedungsprogramm zynisch als einen »Traum. Eine Utopie für die, die daran glaubten« (zit. in Menezes/Correa 2017: 19). Er ließ ein Drittel seiner Polizeikräfte abziehen und auf der Straße patrouillieren. Faktisch beendete am 16. Februar 2018 ein präsidentiales Dekret, das in Rio de Janeiro eine militärische Intervention in Gang setzte, die UPP. Unterzeichnet hatte es Michel Temer, Brasiliens konservativer Übergangspräsident, den ein verfassungsrechtlich höchst fragwürdiges Impeachment gegen die sozialdemokratische Präsidentin Dilma Rousseff im Herbst 2016 ins Amt katapultiert hatte. Angesichts der massiven Zunahme

der gewaltsamen Tode bei der Polizei sowie der Kriminalität generell wurde deren Bekämpfung im urbanen Raum an reguläre Streitkräfte übertragen. Sie sollten bis Ende 2018 die Polizei »befähigen«, die vorgebliche Sicherheitskrise wieder selbst zu lösen. Militär- und Zivilpolizei wurden dafür unter das Kommando eines militärischen Generals gestellt.

Zwei Monate später kündigte der Außerordentliche Minister für öffentliche Sicherheit Raul Jungmann den Plan an, 18 der 38 Stationen der befriedenden Polizeieinheit auch offiziell abzuschaffen und die anderen in regelmäßige Bataillone der Militärpolizei zu überführen. »Diese Tatsache«, so argumentieren Rocha und Carvalho (2018: 905), »markiert einen Wendepunkt in unserer jüngsten Geschichte, die im letzten Jahrzehnt durch die Realisierung der Megaevents und des Projekts der ›Befriedung‹ als hauptsächlicher Sicherheitspolitik für die Favelas charakterisiert war«. Konträr zum öffentlichen Diskurs argumentiert Leonarda Musumeci (2017: 48):

»Die UPP scheiterte nicht, weil der Drogenhandel zurückkehrte; der Drogenhandel kam wieder auf, als die UPP durch ihre unverantwortliche Ausweitung zerfiel, der Ansatz der Nachbarschaftspolizei aufgegeben, die Kontrolle polizeilichen Fehlverhaltens und Missbrauchs verringert wurde; [...] als die *UPP Social* evaporierte und die Sicherheitspolitik den Agenden der Wirtschaft, des Sports und der Wahlen untergeordnet wurde.«

Weniger als zehn Jahre nach ihrer Einführung, die mit dem vollmundigen Versprechen einhergegangen war, die Favelas mit nachbarschaftspolizeilichen, das heißt mit partnerschaftlichen und zivilen, die Menschenrechte der Ortsansässigen achtenden Mitteln dauerhaft zu befrieden, wurde die weltweit Aufsehen erregende UPP-Strategie von einer remilitarisierten Sicherheitspolitik abgelöst. Diese scheint die herkömmlichen Muster des staatlichen Krieges in der Favela nicht nur zu wiederholen, sondern noch zu verschärfen. Über ein Jahr vor der Wahl von Rios rechtsradikalem Kongressabgeordneten Jair Bolsonaro zum brasilianischen Präsidenten und seines Anhängers Wilson Witzel zum Gouverneur und obersten Dienstherr der Polizei des Bundesstaates Rio prophezeite Musumeci: »Der allgemeine Vormarsch des Konservatismus und des Punitivismus im Land bieten kein günstiges Umfeld, um die Erwartungen wiederaufleben zu lassen, die durch das Programm bei seiner Einführung geweckt wurden.« (ebd.: 49) Ähnlich ordnete der progressive Exkommandant der Militärpolizei Ibis Pereira das »kolossale Versagen« der UPP ein: »Wir werden nie wieder eine solche Chance haben, oder nicht so bald; wir haben eine Gelegenheit verloren, etwas zu tun, das die öffentliche Sicherheit in Rio de Janeiro wirklich verändert hätte. Es ist sehr traurig, das zu sagen, aber wir haben eine gute Chance zum Fenster hinausgeschmissen.« (zit. in ebd.)

Nach offiziellen Zahlen des der Landesregierung unterstellten *Instituto de Segurança Pública* (ISP; dt. Institut für öffentliche Sicherheit) haben staatliche Sicher-

heitskräfte in Rio de Janeiro zwischen 2003 und 2009 jährlich zwischen 983 und 1330 Personen getötet. Weit überwiegend geschah dies in den Favelas der Metropolregion. Mit der Implementation der befriedenden Polizeieinheit sank diese Zahl bis 2013 auf 416 Erschossene, um seither wieder steil anzusteigen. Allein 2018, als reguläre Truppen des Militärs in den Favelas operierten, nahm die Todesquote urbaner Polizei- und Militäreinsätze um 36 Prozent zu und erreichte die langjährige Höchstmarke von 1534 Personen (ISP 2020). Fast jeder vierte der in Rio gewaltsam ums Leben gekommenen Menschen wurde nun von staatlichen Organen getötet (vgl. Nunes 2019: 5).

Hätte die Sicherheitspolitik während des militärischen Interventionszeitraums den Zweck verfolgt, Leben zu schützen und die öffentliche Wahrnehmung zu bekämpfen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen durch Polizeibeamte getötet werden dürfen, so argumentierte Pedro da Silva (2019: 13), hätte der Umlauf von Waffen und Munition kontrolliert und »die systemische Korruption in der Polizei« bekämpft werden müssen. Faktisch nahmen die Militäreinsätze im Jahr 2018 jedoch »Verbrechen gegen das Eigentum« in den Blick und folgten ansonsten der jahrzehntelangen Strategie der Militärpolizei, gewaltsam und temporär in Gang-beherrschte Territorien einzudringen. Da Silva forschte für das *Observatório da Intervenção*, zu dem sich, koordiniert durch das *Centro de Estudos de Segurança e Cidadania* (CESeC; dt. Zentrum für Studien zu Sicherheit und Bürgerschaft) der Candido-Mendes-Universität zahlreiche Intellektuelle zusammengeschlossen hatten, um die Militärintervention mit wissenschaftlichen Methoden zu überwachen und die dabei erhobenen Daten monatlich zu publizieren (CESeC 2019). Während der zehn Monate, die die 1,2 Milliarden Real teure Operation (Dutra 2019: 14) letztlich andauerte, registrierte das *Observatório* 711 gewaltsame, teilweise tagelang anhaltende Militäreinsätze an insgesamt 296 Orten, bei denen 8613 registrierte Schüsse fielen, die 201 Todesopfer forderten. 36 von ihnen starben durch sogenannte »verirrte Kugeln« (*balas perdidas*) (Nunes 2019: 9ff.). Mindestens 170 staatliche Schulen, mehr als doppelt so viele wie im Jahr davor, erlebten intensive Schießereien in ihrer unmittelbaren Nähe während der Unterrichtszeiten (Olliveira/Couto/Kerhsbaumer 2019: 23).

Silvia Ramos (2019: 32ff.), die Koordinatorin des CESeC und langjährige wissenschaftliche Beobachterin der urbanen Gewalt in Rio, resümierte die empirische Analyse der Militärintervention wie folgt: »Die Erfahrungen in Rio de Janeiro haben gezeigt, dass die ›föderale Intervention militärischer Art‹ nicht kopiert werden sollte. Die Maßnahme brachte keine Lösung struktureller Probleme und akzentuierte den kriegerischen und tödlichen Charakter« der öffentlichen Sicherheitspolitik.

»Die zehn Monate der Intervention waren gekennzeichnet durch traumatische Fälle, die bis zum Ende ohne Aufklärung und ohne ein offizielles Wort des Militärs blieben. Die Massaker in der Rocinha, der Cidade de Deus und in Maré [...]

werden der Stadt als neue Beispiele der irrationalen und ineffizienten Arbeit der Polizeien im Krieg gegen den Drogenhandel in den Favelas und einfachen Vierteln im Gedächtnis bleiben. [...] Die Verbrechen gegen das Leben haben in den zehn Monaten der Intervention in keiner Weise abgenommen. [...] Die Anzahl der von Milizen und kriminellen Gruppierungen mit einer ostentativen Präsenz von Maschinengewehren dominierten Regionen hat nicht abgenommen. [...] Rio braucht eine Politik, die das Leben in den Vordergrund stellt. Die Intervention war eine verpasste Chance, diese Priorität festzulegen.« (Ebd.)

Im Jahr 2019 »bewegte sich das Pendel schließlich nach ganz rechts, zurück zur Politik des »ein guter Bandit ist ein toter Bandit«, »mit gewalttätigen Übergriffen der Polizei« und der Unterstützung »sogar des Gouverneurs, wie es in den 1990er Jahren üblich war« (Misse 2019: 46). Obwohl der Militäreinsatz Ende 2018 eingestellt wurde, stieg die Todesquote staatlicher Operationen mit Antritt der rechtsradikalen Landes- und Bundesregierung im Januar 2019, die aggressiv gegen die Favela hetzten und die Polizeigewalt geradezu entfesselten, weiter steil an. Allein 2019 töteten Polizeikräfte in Rio 1814 Menschen. In nur einem Jahr nahm so die Zahl der von Staatsbediensteten getöteten Menschen um fast 18 Prozent zu und erreichte eine Quote von 10,5 pro 100.000 Einwohner:innen (ISP 2020). Um weitere acht Prozent wuchs diese bereits exorbitante Zahl zwischen Januar und April 2020 (Folha de São Paulo, 26.05.2020; siehe Epilog).

Aus Sicht von Silvia Ramos (zit. in ebd.) setzte der Amtsantritt von Gouverneur Witzel eine »Liberalisierung der Hinrichtung« in Gang. Seine urbane Sicherheitspolitik verzichtete völlig auf polizeiliche Ermittlungen und beschränkte sich auf kriegerischen Operationen gleichende Gewaltkonflikte. Als oberster Dienstherr deckte er die mörderischen Interventionen seiner Militärpolizei in den Favelas nicht nur, sondern fordere sie regelrecht ein.

3.5 Zwischen Zerstörung, Erziehung und dem Recht auf eine Wohnung: Favela-Wohnungspolitik in den 2010er Jahren

Als der damalige Bürgermeister Eduardo Paes im Juli 2010 das Urbanisierungsprogramm *Morar Carioca* präsentierte, labelte er es großspurig als urbanes Vermächtnis der Olympischen Spiele. Bis 2020, so das hochtrabende Ziel, sollten alle Favelas der Stadt sozial und räumlich in das urbane Gefüge integriert sein. Neben baulichen Investitionen war vorgesehen, die Eigentumsverhältnisse von Grund und Boden zu regulieren sowie Sozial- und Ausbildungsprojekte zu realisieren. Letzteres folgte dem offiziellen Befriedungsdiskurs, wonach sich Gangkriminalität nur unterbinden lasse, wenn den Jugendlichen Erwerbsoptionen jenseits der Drogenökonomie offen stünden.

Für die drei Umsetzungsphasen von *Morar Carioca* war die gigantische Summe von 8,5 Milliarden Real (damals ca. 3,5 Mrd. Euro) vorgesehen. Diese Dimension überstieg frühere Urbanisierungsprogramme einschließlich *Favela-Bairro* (1994-2009) erheblich. Neu waren nun Themen wie ökologische Nachhaltigkeit oder gesundes Wohnen. Der Zugriff auf lokale Raumstrukturen ähnelte eher den Interventionen von PAC als jenen von *Favela-Bairro*. Letzteres hatte auf dem in der Stadtplanung damals konsensualen »Respekt vor einem mit den Mitteln und Anstrengungen der Bewohner:innen errichteten Lebensraum« gegründet (Leitão/Barboza/Delecave 2014: 7). Seine urbanistischen Interventionen galten primär den öffentlichen Infrastrukturen und hatten den städtebaulichen Charakter der Favela weitgehend erhalten. Wohnhäuser waren nur ausnahmsweise zerstört und die darin Lebenden innerhalb ihrer Nachbarschaften umgesiedelt worden.

Dagegen sah das autoritäre Interventionsprofil von *Morar Carioca* und von PAC vor, die urbanen Gefüge der Favelas erheblich umzustrukturieren. Für Straßenöffnungen, Freiflächen oder vertikalisierte Wohnkomplexe wurden selbstgebaute Häuser großflächig zerstört. In der Tageszeitung *O Globo* gab Bürgermeister Paes kurz vor dem Start von *Morar Carioca* »den Ton für die Logik vor, die gegenüber den Favelas vorherrschen würde«: Sie erhielten nun »dieselbe Behandlung wie die offizielle Stadt«. Alle hätten »feste Bauhöhen und markierte Grenzen« zu akzeptieren und würden »permanenten Ordnungsschocks« ausgesetzt. 123 in einem Risikogebiet liegende und daher nicht urbanisierbare Favelas, in denen 12.973 Familien lebten, sollten beseitigt werden, so gab die Zeitung Paes wieder (zit. in Tavares 2016: 112). Zudem wollte er Favelas in ihrer gegenwärtigen Größe »einfrieren«, d.h. keine Ausbauten durch ihre Bewohnerschaft mehr zulassen.

Allerdings war das Programm »viel mehr eine Absicht (?) der Stadtregierung als eine konkrete öffentliche Politik« (Leitão/Barboza/Delecave 2014: 8). Das Fragezeichen, das die drei Urbanist:innen hier in Klammern setzten, bezieht sich auf die »offensichtliche Widersprüchlichkeit« von Rios öffentlicher Wohnungspolitik in den frühen 2010er Jahren. »Scheint einerseits die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2016 das *Morar-Carioca*-Programm in Gang gesetzt zu haben, so dient dasselbe Ereignis andererseits als Rechtfertigung für die Räumungen von Favelas.« (Ebd.)

Lange vor seinem geplanten Ende wurde *Morar Carioca* schon 2016 mit mickrigen Ergebnissen, die weit unterhalb der politischen Ankündigungen verblieben, faktisch eingestellt (Tavares 2016). Die meisten der in einem Wettbewerb ausgewählten 40 Projekte wurden nie mit Bauarbeiten beauftragt. Während der Bürgermeister dies mit fehlenden Mitteln begründete, verwiesen Interviews mit Projektverantwortlichen darauf, dass die Stadtregierung ihre Prämissen nachträglich auf die Sportevents verschoben hatte (Steiker-Ginzberg 2014: o.S.). Trotz seiner minimalen Umsetzung wurde »*Morar Carioca* mit dem *Siemens Sustainable Community Award* ausgezeichnet und der Bürgermeister wird international gefeiert, ein Beweis

für die erfolgreichen Medienkampagnen, die seine traurige Realität« verschleiert haben (ebd.).

Anstatt wie versprochen vollständig urbanisiert zu werden, waren die Favelas am Ende »das Ziel drastischer Räumungseingriffe, die durch die Priorität der Bauarbeiten für die Großereignisse gerechtfertigt wurden« (Tavares 2016: 111). Diese Zerstörungspolitik ähnelte jener der 1960er Jahre, »als zugunsten der Interessen des Immobilienkapitals mehrere Favelas in der Südzone auf grausame Weise beseitigt und ihre Bewohner:innen in Siedlungen am Stadtrand umgesiedelt wurden« (Leitão/Barboza/Delecave 2014: 9). Das Dossier *Megaevents und Verletzungen der Menschenrechte in Rio de Janeiro*, das das *Comitê Popular da Copa e das Olimpíadas do Rio* (2014) gemeinsam mit Intellektuellen und Aktivist:innen herausgab, analysierte die Favela-Effekte einer Stadtentwicklung der Megaevents präzise. Zum Zeitpunkt seiner Publikation im Jahr 2013 waren bereits 16.700 Betroffene aus 29 Favelas geräumt worden, drei Viertel davon wegen Baumaßnahmen für die Sportereignisse (ebd.: 21). Zudem listete das Dossier diverse Favelas auf, die ganz oder größtenteils zerstört werden sollten, obwohl *Morar Carioca* ihre Urbanisierung vorgesehen hatte.

Häufig kämpfte die lokale Bevölkerung unterstützt durch das *Comitê Popular* gegen Räumungen und erreichte Teilzugeständnisse – so etwa in der 700 Familien zählenden Vila União de Curicica im Westen der Stadt, die zunächst urbanisiert, später aber für die Transolympia-Trasse geräumt werden sollte. Nach einem massiven Protest der Bewohnerschaft sicherte die Stadtregierung zu, die Siedlung weitgehend zu erhalten. Als kurz darauf trotzdem Bagger anrückten, um große Flächen abzureißen, waren davon Betroffene nicht einmal über das endgültige Vorhaben informiert worden (RioOnWatch, 16.04.2015). Dieser Verlauf charakterisiert den generellen Umgang der Behörden mit planungsbetroffenen Favelas in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele:

»Der Umzugsprozess in Vila União ist gekennzeichnet durch [...] mangelnden Dialog, fehlende Benachrichtigungen, markierte Häuser, individuelle Verhandlungen, Entschädigungen unter dem Marktpreis, Einschüchterung, psychische Gewalt, Respektlosigkeit gegenüber der Lebensgeschichte und den Beziehungen der Bewohner:innen zu ihren Nachbarn und der Umwelt.« (Comitê Popular 2013: 25, ähnlich Junior/Santos 2012: 306f.)

Alexandre Magalhães (2019), der die Strategien der Favela-Beseitigung erforscht hat, deutet das gezielt opake und für Außenstehende nicht mehr dechiffrierbare Vorgehen der Behörden, das Betroffene zermürbte, verwirrte und erniedrigte, als biopolitische Strategie. Diese habe Situationen extremer Unbestimmtheit herbeigeführt, um die staatliche Kontrolle über die Territorien, Subjekte und Bevölkerungen der angepeilten Favelas zu organisieren und diese trotz ihrer Widerstände zerstörbar zu machen. Schon nach offiziellen Angaben hat die Stadtregierung zwischen 2009 und 2014 in Favelas, die urbanistischen Großvorhaben im Wege stan-

den, 20.300 Familien umgesiedelt. Die Behörden legitimierten viele Räumungen mit deren Lage in »ökologischen Risikozonen«. Diesen pauschalen Vorwand hatte Paes etabliert, nachdem seine anfängliche Ankündigung, 123 Favelas im Zuge der Stadtentwicklungsplanung zu beseitigen, heftige Proteste ausgelöst hatte. In deren Folge begann er die Unwetterkatastrophe von April 2010, in der einige steile *morros* abgerutscht waren und fast 50 Menschen unter sich begraben hatten, als Legitimation für die Räumung von Siedlungen in vermeintlichen Risikozonen zu instrumentalisieren.

Ausgerechnet das Sozialwohnprogramm *Minha Casa Minha Vida* (MCMV; dt. Mein Haus Mein Leben), das die sozialdemokratische Regierung 2009 aufgelegt hatte, um die massive Wohnungsnot in Brasiliens Städten zu lindern, schuf die materiellen Voraussetzungen für groß angelegte Räumungen. Denn um Ortsansässige wie gesetzlich vorgeschrieben umsiedeln zu können, benötigten die Behörden Umsetzwohnungen. Diese erhielten sie über MCMV, das in Rio de Janeiro bis 2014 mehr als 56.500 Wohneinheiten in Neubausiedlungen errichtete (vgl. Cardoso/Jaenisch 2014). Diese meist aus mehreren Hundert Wohnungen bestehenden Siedlungen versorgten unterschiedliche Einkommensgruppen, waren aber in sich sozial homogen. Familien mit Niedrigsteinkommen sowie Betroffene von Favelaräumungen brachte die Wohnbehörde in Siedlungen mit sehr kleinen Apartments unter. Finanziert vom MCMV-Programm, gingen diese nach einigen Jahren kostenfrei in das Eigentum der Umgesiedelten über, wenn sie sich nichts zuschulden kommen ließen. Höhere Einkommensgruppen konnten dagegen Apartments in hochwertigeren Siedlungen bei den Bauunternehmen kaufen, die diese im staatlichen Auftrag errichteten.

Fast die Hälfte der über 20.000 geräumten Familien kam in diesen neuen Sozialsiedlungen unter, die meisten anderen wurden für die Zerstörung ihrer Häuser viel zu niedrig entschädigt (vgl. Junior/Santos 2012). Auch ohne Umsiedlungszwang bewarben sich viele in Favelas lebende Menschen für eine MCMV-Wohnung, um Gewaltverhältnissen und schlechten Wohnbedingungen zu entkommen oder um Wohneigentum anzustreben. Tatsächlich lag die Attraktivität des Programms darin, dass es auch *cariocas* ohne Zugang zu formalen Immobilienmärkten, die in der steten Unsicherheit leben mussten, ihre irregulären Häuser in den Favelas zu verlieren, offiziell registriertes Wohneigentum ermöglichte.

Zugleich wies MCMV hochgradig problematische Seiten auf. Die meisten Siedlungen für Geringverdienende lagen in Rios äußerstem Norden oder Westen bis zu 60 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Riesige Distanzen, eine ebenso schlechte wie teure Verkehrsanbindung zu den Arbeitsplätzen, infrastrukturelle Mängel am neuen Wohnort sowie die mit dem Umzug eingebüßten Netzwerke und informellen Einkommensoptionen stellten die Umgesiedelten vor existenzielle Probleme. Verschärft wurde diese Notlage durch das Verbot von gewerblichen Aktivitäten innerhalb der neuen Siedlungen.

Gegenüber wohnungspolitischen Errungenschaften etwa des *Fórum Nacional de Reforma Urbana*, das nach dem Ende des Militärregimes auch für innerstädtische Favelas das »Recht auf die Stadt« erkämpft hatte, fällt MCMV erheblich zurück. Damalige Debatten, die mit Henri Lefebvre das allgemeine Recht auf Zentralität, auf selbstbestimmte Diversität und auf den gleichen Zugang zu urbanen Ressourcen eingefordert hatten, wurden dethematisiert, obwohl die MCMV-Siedlungen keinen dieser Aspekte gewährleisteten (Cardoso/Jaenisch 2014). Denn die beauftragten Unternehmen errichteten sie in minderwertiger Qualität als sozial und funktional homogene *gated communities* ohne ausreichende Infrastrukturen an den äußersten geografischen Peripherien der Metropolregion. Ihre behördlichen Zugangs- und Nutzungskontrollen und ihr städtebaulicher Charakter erinnern heute eher an Massenunterkünfte und Abschiebecontainer für Arme als an inklusive soziale Wohnformen.

Sie gleichen damit auf fatale Weise den vom Militärregime am Stadtrand erbauten Siedlungen, die ebenfalls dazu dienten, Geräumte aus zerstörten innerstädtischen Favelas aufzunehmen. Die heute favelisierte Cidade de Deus, die der gleichnamige Kino-Blockbuster (engl. *City of God*) nach seinem Erscheinen im Jahr 2002 in die Weltöffentlichkeit katapultierte (vgl. Kap. 4.2), hat etwa einen solchen Ursprung. Sie steht zugleich beispielhaft für das Scheitern des mit solchen Siedlungen verknüpften Ziels, die Favela als sozialen Raum zu vernichten. Denn die dorthin Zwangsumgesiedelten haben im Lauf der Zeit die baulichen Formen sowie die ökonomischen und sozialen Strukturen von Cidade de Deus und ähnlichen Orten durch eine irreguläre Selbsttätigkeit so vollständig favelisiert, dass ihr Ursprung als autoritärer Staatswohnungsbau heute weder zu erkennen ist noch erinnert wird. Damit sich diese »Fehlentwicklung« aus Sicht der Behörden 40 Jahre später nicht wiederholen möge, so zeigt Wellington da Silva Conceição (2014: 8), kombinierten sie die Praktiken der *parques proletários* mit jenen von Eigentumswohnungen: »Die neuen Menschen werden durch die disziplinierende Kraft der ›guten Stadtform‹ in Verbindung mit erzieherischen und regulatorischen Instrumenten geführt, die eine neue zivilisatorische Ordnung auferlegen.« Diese gründet auf dem Modell der Eigentumsgemeinschaften:

»Interne Vorschriften, Konventionen, Versammlungen, Bußgelder und andere regulatorische Praktiken dieser Wohnform bestimmen die Routine der neuen Bewohner:innen. Um in diesen Eigentumswohnungen zu wohnen, reicht es nicht aus, den Schlüssel zu erhalten [...]. Bevor der Favela-Bewohner [sic!] in seinem neuen Zuhause lebt, muss er lernen, sich in einer Eigentumswohnung niederzulassen.« (Ebd.)

Im neuartigen Modell des Wohneigentums für Arme verschmolzen die Behörden das Recht der in der Favela lebenden Menschen auf eine Wohnung mit einem innovativen Regime des Regierens der Armen. Dieses wiederum gründete auf den

alten Ideologemen der Zivilisierung, Disziplinierung und Kontrolle, stellte aber neue Instrumente bereit, um Aspekte des Fremd- und Selbstregierens miteinander zu verschrauben. Als »Hauptelemente dieses neuen disziplinär-zivilisatorischen Projekts« (ebd.: 9), die auch das PAC-Programm etwa in Manguinhos anwandte (vgl. Kap. 6.2), erwiesen sich die sogenannten Integrationstreffen (i.O. *encontros de integração*). Diese sollten der zuständigen Bundesbehörde *Caixa Economica Federal* zufolge die »Gesundheits-, Umwelt- und Eigentumserziehung« der umgesiedelten Familien fördern, um »ihre Lebensqualität, ihren Verbleib in den Immobilien und die Nachhaltigkeit der Projekte zu verbessern« (zit. in ebd.: 10). Letztlich suchten diese »Integrationstreffen«, an denen teilzunehmen für einen Erhalt der Wohnungsschlüssel obligatorisch war, die eher kommunitär und irregulär organisierten »*favelados*« zu regulären Wohnungseigentümer:innen umzuerziehen. Sie sollten lernen, die Gemeinschaftsräume zu pflegen, die Immobilie zu erhalten und Gebühren zu bezahlen (ebd.).

Diese Integrationsprogrammatik konzipierte die Lebensweise in der Favela wieder einmal als nur durch Erziehung zu überwindendes Antimodell einer zivilisierten urbanen Gesellschaft. Sie unterwarf die Bewohnerschaft einem sie infantilisierenden Erziehungspostulat und ist so kaum mehr als eine modernisierte Version der Umerziehungskurse und moralischen Lektionen in den ebenfalls umzäunten *parques proletários* des faschistoiden *Estado Novo* der 1940er Jahre. Im Gegensatz zu den *condominios fechados* als jenen *gated communities*, in denen sich Wohlhabende von ihrer Umwelt abschotteten, sollen diese »*condominios populares*« (ebd.) ihre aus der Favela kommenden Bewohner:innen erziehen, kontrollieren und disziplinieren. Beide gleichen sich allerdings in ihrer zur Favela konträren sozialen und funktionalen Homogenität und beide tragen durch ihre Abschottung und die innerhalb ihrer Zäune geltenden Sonderregeln dazu bei, die urbane Gesellschaft weiter zu fragmentieren.

Solche Regeln werden allerdings auch in diesen »*condominios populares*« keineswegs immer von außen oder gegen den Willen der dort Lebenden etabliert. Vielmehr scheinen viele von ihnen die Wohnstandards der urbanen Mittelklassen längst eigeninitiativ internalisiert zu haben. Während die Baupläne der von Conceição (ebd.) erforschten Siedlung etwa keine Außentore vorsahen, veranlassten die neu Einziehenden deren sofortige Installation. Zum einen sei es dabei um Fragen der Sicherheit gegangen, zum anderen hätten vor allem Gruppen, die aus eigener Initiative in die Siedlung gezogen seien, alsbald die für das Bürgertum so typischen symbolischen Grenzen gegenüber dem »Chaos« der Favela errichtet. Als daraus gleichsam Entkommene distanzieren sie sich davon nun ostentativ. Generell spalteten sich die Eigentumsgemeinschaften in zwei Gruppen: Die eine internalisierte die eingeforderte Lebensweise in Form eines proaktiven Selbstregierens, die andere kam mit der auferlegten Ordnung nicht zurecht. Ärmere Umgesiedelte konnten zudem die erheblichen Wohnnebenkosten nicht aufbringen und sa-

hen sich gezwungen, zurück in eine – im Vergleich zu ihrem alten Wohnort nun meist prekärere und schlechter gelegene – Favela zu ziehen. Auch in diesem Punkt wiederholte sich die Geschichte der Zwangsumgesiedelten des Militärregimes auf frappierende Weise (siehe Kap. 5).

Was schließlich die Frage der Gewalt betrifft: Die Herrschaft über die meisten der neuen Wohnkomplexe übernahmen trotz oder gerade wegen der von Behörden installierten Zugangskontrollen in kürzester Zeit die Milizen, die im Westen der Stadt längst auch viele Favelas kontrollierten. Diesen Prozess skandalisierte selbst der konservative *O Globo*. Mit Verweis auf das Polizeidezernat zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (DRACO) schrieben dort etwa Luã Marinatto und Rafael Soares, dass die Milizen in Rios Westzone 38 MCMV-Siedlungen kontrollierten und die 12.000 dort lebenden Menschen »unterdrückten« (Globo Extra, 26.03.2015).

3.6 Eine ewige Wiederkehr des Gleichen? Neuartige Bürgerrechtskämpfe gegen die historische Zirkularität der staatlichen Favela-Politiken

Bezogen auf die Frage nach dem Regieren der Favela brachte das frühe 21. Jahrhundert zwar einige Neuerungen mit sich, seine in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts etablierten Strategien, Akteure und Techniken blieben aber weitgehend intakt. Dies gilt für die komplementären Strategien der Aussonderung und Assimilation, die mit Zygmunt Bauman für den Zermübungskrieg des modernen Staates gegen das Fremde stehen, ebenso wie für die Herrschaftsmuster der Informalität und des auf die Kolonialzeit zurückreichenden Klientelismus. Auch eine »mittelalterliche Modernität« (AlSayyad/Roy 2006), in der Drogengangs, Milizen und staatliche Repressionsorgane als multiple Souveränitäten in extralegalen Form um die Favela-Herrschaft konkurrieren, besteht ungebrochen fort.

Das gleiche gilt für den Kampf der sich in vielfältigen kulturellen, politischen und Selbsthilfe-Initiativen organisierenden Bewohnerschaft um ihr Recht darauf, nicht nur formal, sondern auch substantiell eine gleichwertige urbane Bürgerschaft zu erhalten. Der noch Ende des 20. Jahrhunderts so erfolgreiche Kampf dafür scheint allerdings auf der Stelle zu treten und bezogen auf existenzielle Aspekte wie die Menschenrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung gar an Boden zu verlieren. Dies ist an eine staatliche Politik gekoppelt, die nicht mehr in Richtung einer Emanzipation der Favelas und ihrer Bewohnerschaft fortschreitet, sondern sich in zirkulärer Form zu autoritären Strategien der Um-erziehung und Assimilation, der Zerstörung und radikalen Modernisierung sowie der mörderischen Gewalt und Militarisierung früherer Jahrzehnte zurück zu entwickeln scheint. Dabei bildete sich eine paradoxe Konfiguration des Regierens heraus, in der ein Autoritarismus, der auf eine Assimilation der Favela-Bevölkerung

an die Regeln und Lebensweisen der bürgerlichen Gesellschaft pocht, und ein nun weitgehend ökonomisiertes »Regieren durch Community« koexistieren.

Ausgerechnet die zunächst progressiv wirkenden Programme der Befriedung (*Unidade de Polícia Pacificadora*, UPP), Urbanisierung (*Morar Carioca*) und des sozialen Wohnungsbaus (*Minha Casa Minha Vida*, MCMV) erwiesen sich als Einfallstore, die einem neuen Autoritarismus den Weg bereiteten. Ebenso verschärften sie Tendenzen, die staatliche Verantwortung für öffentliche Dienste und Infrastrukturen zu privatisieren und das Verständnis von Bürgerschaft zu ökonomisieren. Denn sie koppelten die Gewährung von bürgerlichen Rechten an eine ökonomische Leistung und einen finanziellen Beitrag der in der Favela lebenden Menschen. Dabei zerfiel, wie es Reinhard Kreissl (2004) ursprünglich für europäische Städte beschrieben hat, das zumindest prinzipiell über universelle Rechte und formale Mitgliedschaft definierte Bild des Bürgers und der Bürgerin »in zwei Spaltprodukte: das hoch individualisierte Individuum als Unternehmer seiner selbst auf der einen Seite, die engsinng gefasste Community auf der anderen«. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass formale und substanzielle Bürgerschaft in Brasilien »*disjunctive democracy*« (James Holston) immer weit auseinanderklafften und universelle Bürgerrechte nur für die Bourgeoisie, nie aber für die Bewohnerschaft der Favela verfügbar waren. Diese stellen so historisch im Sinne von Partha Chatterjee (2004) weniger eine *civil* als eine »*political society*« dar (vgl. Kap. 1.2).

Auch die jüngsten Programmatiken der »Integration« und »Befriedung« vermitteln den in der Favela Lebenden mit drohendem Zeigefinger, dass sie sich, um volle bürgerliche Rechte erhalten zu können, zuerst einem Erziehungs- und Zivilisierungsprogramm zu unterwerfen hätten. Dieses manifestiert sich in Form von Integrationskursen, Erziehungs- und Sozialprojekten oder von Anordnungen der Finanz- und Wohnungsbehörden, der Versorgungsunternehmen und vor allem der ähnlich autoritär wie vor ihr die Drogengangs über die Hügel herrschenden Befriedungspolizei.

Diese soweit uralte Assimilationsstrategie, die der Favela-Bevölkerung durch »Kreuzzüge« der katholischen Kirche und durch Lagern gleichende Barackensiedlungen der *parques proletários* seit den 1940er Jahren bekannt ist, wurde allerdings durch eine neue Komponente erweitert. Diese speist sich aus der Programmatik des Neoliberalismus und dessen urbanen Ideologemen der unternehmerischen Stadtentwicklung und der *creative cities*. Galten in der Favela Lebende den Ordnungsbehörden früher nur dann als rechtstreu Bürger:innen, wenn sie mit ihrer Arbeitskarte eine formale Beschäftigung nachweisen konnten (siehe Kap. 5), werden sie von den jüngsten Integrationsprogrammen wie der UPP Social als Humankapital und selbstverantwortliche Arbeitskraftunternehmer:innen adressiert. In Kooperation mit Konzernen bieten sie Professionalisierungskurse oder Risikokapital für »kreative Entrepreneur:innen« an, denen sie nahelegen, ihre jugendkulturellen Styles und Szenen zu vermarkten. Traditionelle mikrounternehmerische

Ökonomien der Bewohner:innen, die seit jeher hochgradig kreativ sein mussten, um ihre Existenzen sichern zu können, werden dagegen durch staatliche Agenturen der Befriedung und Integration unterdrückt, da sie dem Ziel im Wege stünden, die Favelas zu modernisieren und zu zivilisieren.

Die Assimilationsstrategie fokussierte im frühen 21. Jahrhundert jedoch nicht nur auf soziale Gruppen, sondern im Zuge der Stadtentwicklung der Megaevents auch auf räumliche Strukturen der Favela. Die modernistischen *signature buildings* sowie die großmaßstäblichen Infrastruktur- und Wohnkomplexe der überdimensionierten Programme PAC und *Morar Carioca* perforierten die kleinteilig gebastelten Räume der Favela und konterkarierten die substanzerhaltenden Urbanisierungsstrategien des späten 20. Jahrhunderts. Sie können als staatliche Akte gelesen werden, um Selbstbau-Peripherien, die einer Weltstadt als unwürdig gelten, mit urbanistischen Mitteln zu kolonisieren, an metropolitane Raumtexturen zu assimilieren und so gleichsam unsichtbar zu machen.

Diese staatlichen Strategien des Regierens spalteten die Favela-Bevölkerung in zwei gegensätzliche Milieus: Vermeintlich unzivilisierbare Gruppen laufen wie eh und je Gefahr, stigmatisiert, verdrängt und kriminalisiert zu werden. Seitdem das Befriedungsprogramm abgewickelt ist und die remilitarisierte Sicherheitspolitik wieder auf extralegalen polizeilichen Gewaltakten gründet, die von den Regierenden gestützt werden, droht den als kriminell markierten Gruppen wieder die physische Vernichtung. Die vermeintlich Modernisierungsfähigen und Assimilationswilligen hingegen, die sich in das Raumbild der geordneten Weltmetropole einfügen lassen, werden über ein »Regieren durch Community« gefördert. An sie ergeht das paternalistische Versprechen, vollständige Bürgerrechte zu erhalten, wenn sie die unter dem Schlagwort der »produktiven Inklusion« versammelten Bedingungen erfüllen, sich also in einem von oben verordneten Sinne zivilisieren und modernisieren. Ersteres bezieht sich auf die Übernahme von Regeln, Normen und Lebensstilen einer bürgerlichen Gesellschaft des *asfalto*, also einer letztlich imaginären Leitkultur. Letzteres verweist auf die Aufgabe, seinen Lebensunterhalt im Rahmen formalisierter Ökonomien und im Geiste eines proaktiven »unternehmerischen Selbst«, wie Ulrich Bröckling (2007) dieses Subjektivierungsform bezeichnet, zu bestreiten. Die »Kreativwirtschaft« der Favela, die in ihrer traditionellen Informalität nach wie vor als rückständig markiert wird, gilt nun als modern und vereinbar mit dem herrschenden Raumbild der geordneten Metropole, wenn sie sich formellen Logiken unterwirft. Eine modernisierte Favela ist in diesem Diskurs eine merkantil rationalisierte Favela, wie es Wania Mesquita (2014: 686) treffend auf den Punkt bringt.

Nach wie vor drängen die Akteure des »Regierens durch Community« – eine Konfiguration aus NGOs, staatlichen Integrationsagenturen und Unternehmen – die Individuen dazu, sich selbstverantwortlich zu regieren und dafür nachbarschaftliche, verwandtschaftliche oder anderweitig gemeinschaftliche Loyalitätsbe-

ziehungen in Anspruch zu nehmen. Gründete dies aber in den 1990er und frühen 2000er Jahren auf Ideologemen wie gemeinschaftliche Selbsthilfe, aktive Bürgerschaft und Selbstermächtigung, gilt nun die Forderung, sich die bürgerlichen Rechte als unternehmerisches und regulär konsumierendes Subjekt innerhalb einer vorgegebenen Ordnung erst zu verdienen. Allerdings eröffnen sich an den Bruchstellen zwischen instrumentalisierenden und ermächtigenden Appellen der Selbstführung Emanzipationspotenziale. Darauf deuten politische Initiativen einer Favela-Jugend, die die ihr nahegelegte Freiheit des Selbstregierens ganz anders gebraucht, als es das vorherrschende ›Regiert-werden-durch-Sozialprojekte‹-Modell vorsieht. Gleichsam als Kollateralschaden politisiert diese Form des Regierens seine jungen Adressat:innen und trägt dazu bei, die aktivistischen Praktiken der Favelas zu rekonfigurieren.

Allerdings wäre es falsch, die Subjektivierungsweisen der Assimilationswilligen als ausschließlich von oben verordnet zu verstehen. Vielmehr formieren sie sich in spezifischen Milieus durch Verschränkungen zwischen dem Fremd- und dem Selbstregieren, die an historisch vorherrschende Muster einer extralegalen, paternalistischen und in letzter Instanz auf Gewalt zurückgreifenden Regulation der Favela anknüpfen. Dabei grenzen sich moralisch Konservative von einem vermeintlichen ›Chaos der Favela‹ ab, das in ihren Augen nicht nur Drogengangs, sondern auch subproletarische, jugendliche oder nichtreligiöse Nachbar:innen verantworten. In solchen Milieus, die sich häufig in strenggläubigen Pfingstkirchen vergemeinschaften (vgl. Kap. 7), gibt es hohe Zustimmungsraten zu den Ordnungsvorstellungen und der gewaltbasierten Selbstjustiz der Milizen, zu konservativen Verhaltensregeln und Geschlechterordnungen der Pfingstgemeinden, zu befriedungspolizeilichen Interventionen in lokale Alltagskulturen, zu bevormundenden Zivilisierungsmissionen der staatlichen Apparate oder zum Kulturder-Armut-Stigma der bürgerlichen Medien. In dieser Konfiguration sind die Ursachen für den das liberale Bürgertum so irritierenden Fakt zu finden, dass der offen rassistische Rechtsextremist Jair Bolsonaro, dessen stigmatisierende Aussagen über die vermeintliche (Un-)Kultur der Favela allseits bekannt waren, dort in den Präsidentschaftswahlen von 2018 ebenso hohe Mehrheiten errungen hat wie in den Bezirken der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums.

Ebenso wie die originäre Strategie der Assimilation kehrte im 21. Jahrhundert jene der Aussonderung und Vernichtung, die ob der verfassungsrechtlichen Anerkennung der Favela bereits als ausgerottet gegolten hatte, in die Werkzeugkiste des kommunalen Regierens zurück. Sie operiert nun unter der Ägide eines neoliberalen Urbanismus, dessen unternehmerische Logik sich den Megaprojekten des globalen Standortwettbewerbs unterworfen und dafür alle Investitionen rund um die Favelas instrumentalisiert hat. Aus heutiger Sicht ist diese Strategie fundamental gescheitert. Ihre exorbitanten Kosten trieben die Stadt in eine Schuldenkrise, ihre wirtschaftlichen Effekte blieben weit hinter den Erwartungen zurück und ihre

Entdemokratisierung der Stadtpolitik hat tiefe Spuren hinterlassen. Die von ihr ausgelöste ökonomische sowie demokratie- und sicherheitspolitische Krise ähnelt frappierend jener, zu deren Behebung die ordnungspolitischen und urbanistischen Megavorhaben in den frühen 2000er Jahren erst implementiert worden waren. Der fatalste Effekt dieser Politik liegt darin, dass sich in ihrem Schlepptau die militärische Logik des Krieges, der Eroberung und der Zerstörung der Favelas nicht nur reinstalliert, sondern spätestens seit 2019 hemmungslos radikalisiert hat.

Im Gegensatz zur bedrückenden Konsistenz der Techniken und Akteure des Fremdregierens haben sich jene des kollektiven Selbstregierens der Favela im frühen 21. Jahrhundert fundamental transformiert. Bis zum Ende des Millenniums hatten mit wenigen Ausnahmen kollektive Repräsentationsformen vorgeherrscht, die aus purer Not in klientelistische Tauschhandel eingebettet waren und durch Behörden kooptiert oder erpresserisch missbraucht werden konnten. Im frühen 21. Jahrhundert haben sich hingegen von Bewohner:innen getragene Initiativen und Netzwerke formiert, deren Praktiken in einem viel breiteren Sinne politisch sind. Dabei konnte sich der in soziokulturellen Netzwerken, selbstbestimmten Repräsentationsformen oder politischen Protestbewegungen manifestierende Favela-Aktivismus aus dem Herrschaftssystem des Klientelismus befreien. Ideologisch und praxispolitisch verbindet ihn nun mehr mit globalisierten Bewegungen und Netzwerken in Städten des Globalen Südens – etwa im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings – oder mit antirassistischen Bewegungen wie Black Lives Matter in den USA, als mit jener herkömmlichen »Logik der Praxis«, die Asef Bayat (2012: 37) als das »stille Vordringen« von einfachen Leuten oder Partha Chatterjee (2004) als »*political society*« bezeichnet haben.

Die für diese Praxis des 20. Jahrhunderts stehenden Organe der Repräsentation, also die durch *comandos* und *milicias* korrumpierten *associações de moradores* oder die patriarchalen *cabos eleitorais* und *agentes comunitários* fungieren zwar noch immer als Ansprechpartner:innen paternalistischer Staatsapparate. Aber sie haben die Kontrolle über die Repräsentation der Favela an ein ganzes Bündel von Akteuren abgetreten, die willkürliche, patriarchale und auf Gewalt gründende Formen ihrer Fremd- wie Selbstherrschaft offen bekämpfen. In politischen Diskursen und Foren fordern Bewohner:innen, die sich als organische Intellektuelle verstehen, offensiv und oft auch gegen die Machtstrukturen innerhalb der eigenen Favelas ihre universellen Menschen- und ihre vollwertigen Bürgerrechte ein. Dafür nutzen sie alle Techniken gegenwärtiger sozialer Bewegungen weltweit: Sie organisieren sich über soziale Medien, lobbyieren in politischen Apparaten, lassen sich in Parlamente wählen, kooperieren mit professionellen Fachleuten und erfinden immer neue Protestformate, die ihre Kooptation, Stigmatisierung oder Kriminalisierung kreativ unterlaufen; sie betreiben Öffentlichkeitsarbeit in digitalen Foren, die ihren Forderungen eine globale Reichweite verleihen; sie vernetzen sich international mit Gleichgesinnten und Bündnispartner:innen und klinken sich in global kursie-

rende Diskurse von urbanen, bürgerrechtlichen und antirassistischen bis hin zu LGBTQ-Bewegungen ein. Mit anderen Worten verwandelten sie eine in der Favela historisch vorherrschende klientelistische »Politik im Verborgenen« in eine offene »Politik der Rechte«, die irreguläre Deals »verwirft, entlarvt oder konfrontiert« (Bénit-Gbaffou/Oldfield 2014: 283; vgl. Kap. 1.2).

Dagegen rekurren staatliche Interventionen immer noch auf Missionen und Ideologien der Zivilisierung und Modernisierung eines vermeintlichen »*favelado*«. Ihr gegenwärtig neoliberales Antlitz sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ihre inhaltliche Substanz seit nunmehr 80 Jahren kaum geändert hat. Viel weniger als jemals zuvor in ihrer Geschichte ist die Favela des 21. Jahrhunderts jedoch ein homogener, an eine spezifische soziale Identität gekoppelter Ort (vgl. Kap. 1.2). Vielmehr hat sich die Heterogenität ihrer Bevölkerung bezogen auf ihre Klassenzugehörigkeit, ihr soziales, materielles, kulturelles und symbolisches Kapital im Verlauf ihrer Geschichte ebenso drastisch erhöht wie die Differenz zwischen ihren Lebensstilen und ihren politischen Positionen. Die Staatsapparate und das urbane Bürgertum haben bis heute nicht zur Kenntnis genommen, dass die Favela des 21. Jahrhunderts eine in jeglicher Hinsicht urbane und moderne Gesellschaft beherbergt. Sie leidet allerdings unverändert an den institutionalisierten Strukturen der – immer auch rassistischen – Diskriminierung und Bevormundung, der Aussonderung und Konstruktion einer tötbaren Bevölkerungsgruppe.

Um der Favela-Bevölkerung bislang verwehrte Bürgerrechte zu gewähren, wäre zunächst eine tiefgreifende urbane Reform erforderlich, die durchaus auf dem in Brasilien schon vor zwei Jahrzehnten installierten *Estatuto da Cidade* (dt. Stadtstatut) gründen könnte. In seinem Kern ist dieses seit 2001 geltende nationale Rahmengesetz für Stadtentwicklung eine Errungenschaft der sozialen Bewegungen, die nach dem Ende der Diktatur dafür gekämpft haben, urbane Politik und Bürgerschaft zu demokratisieren. Es gewährt ein allgemeines »Recht auf urbanes Land, Wohnraum, Umweltsanierung, städtische Infrastruktur, Transport und öffentliche Dienstleistungen« sowie auf eine »demokratische Verwaltung durch die Partizipation der Bevölkerung und der die verschiedenen Segmente der Gemeinschaft [i.O. *comunidade*, SL] vertretenden Verbände [*associações*] an der Formulierung, Durchführung und Überwachung von Plänen, Programmen und Projekten zur Stadtentwicklung« (Lei n° 10.257, 10.07.2001). Beide Rechte werden von Rios Stadt- und Landesregierung in der Favela systematisch und sanktionsfrei gebrochen oder gebeugt (vgl. v.a. Kap. 6.2). Neben ihrer bisher stets nur behaupteten Umsetzung bestünde ein weiterer notwendiger Schritt, um der Favela-Bevölkerung endlich volle Bürgerrechte zukommen zu lassen, darin, eine rechtsstaatliche und demokratische Politik der öffentlichen Sicherheit zu implementieren.

In der gegenwärtigen Konstellation, die mit Blick auf die repressiven öffentlichen Politiken sowie auf die extralegalen Gewalteinsätze staatlicher Sicherheitsorgane an die düstersten Zeiten des Militärregimes erinnert, scheint jedoch die

einzigste Hoffnung der Favela darin zu liegen, dass ihre jungen Netzwerke und Bewegungen neue Organisations- und Subjektivitätsformen etablieren können, mit denen sich sie zirkulären Muster der historisch aufeinander folgenden Gewaltregimes durchbrechen lassen.

